

Berliner Stimme

SOZIALDEMOKRATISCHE WOCHENZEITUNG

Nr.13 - 66. Jahrgang

18. Juni 2016

18. Juni: Berlin für Orlando

Berlin trauert am 18. Juni um die Opfer des Anschlags in Orlando.

Am heutigen Sonnabend treffen sich von 21 Uhr bis Mitternacht die Mitglieder der schwul-lesbischen Community und alle, die ihre Solidarität mit den Opfern des Angriffs auf den Pulse Nightclub ausdrücken wollen, am Pariser Platz vor dem Brandenburger Tor. □

19. Juni: Hand in Hand gegen Rassismus

Mit Menschenketten in mehreren Städten setzen sich am morgigen 19. Juni zahlreiche Organisationen für Menschenrechte und Vielfalt ein. Zu den Unterstützern gehören der DGB, die AWO und mehrere Sozialverbände. In Berlin beteiligt sich die SPD.

„Lasst uns in ganz Deutschland Menschenketten der Solidarität starten“, heißt es im Aufruf. „Unabhängig von Glaube, Herkunft, Hautfarbe und sexueller Identität - wir stehen für die Unantastbarkeit der Menschenwürde und die Wahrung der Menschenrechte.“ Unter dem Motto „Hand in Hand gegen Rassismus“ treffen sich die SPD-Mitglieder am 19. Juni 2016 von 12.00 bis 16.00 Uhr am Oranienplatz am SPD-Stand. **BS** □

25. Juni: Das Fest zur Seniorenwoche

Bei einem großen Fest auf dem Breitscheidplatz am Sonnabend, dem 25. Juni, stellen Vereine und Verbände aus der Seniorenarbeit sich und ihre Ziele vor. Auch die AG 60plus ist wieder dabei - zu finden am Stand 34 neben der AWO.

Von 9.30 bis 17.00 Uhr sind die insgesamt 162 Stände am Breitscheidplatz geöffnet. Grußworte zur Eröffnung sprechen u.a. Berlins Regierender Bürgermeister Michael Müller und Abgeordnetenhauspräsident Ralf Wieland. Anschließend gibt es ein buntes Musikprogramm und Theateraktionen aus der Werkstatt der alten Talente. □

Wohnen:

Mieterschutz wird ausgebaut

Michael Müller stellte Berliner Bundesratsinitiative vor

Die SPD drückt beim Mieterschutz aufs Tempo. Auf dem Parteikonvent der SPD in Berlin wurden entsprechende Forderungen beraten. Und der Berliner Senat hat eine Bundesratsinitiative beschlossen, mit der die Mietpreisbremse verschärft und der Mietanstieg insgesamt gedämpft werden soll.

„Mieterschutz ist gerade in Berlin grundlegend für den Erhalt lebendiger Kieze“, so der Regierende Bürgermeister Michael Müller. „Noch greift die Mietpreisbremse nicht so wie geplant. Mit der Bundesratsinitiative streben wir eine Korrektur an, um eine finanzielle Überforderung der Mieter zu verhindern.“ Stadtentwicklungssenator Andreas Geisel betonte, Mieterschutz sei in einer Stadt wie Berlin existenziell. „Ich bin zudem überzeugt, dass es wichtig ist, von der Hauptstadt aus ein Signal an die anderen Länder zu senden.“

Zu den geplanten Verschärfungen gehört eine Pflicht für Vermieter, bei Abschluss neuer Verträge alle Tatsachen mitzuteilen, die die Zulässigkeit der Miethöhe betreffen, etwa die Miethöhe des Vormie-



Brachte die Bundesratsinitiative mit auf den Weg: Stadtentwicklungssenator Geisel. Foto: Horb

ters durch Vorlage der letzten Mietserhöhung. Damit die ortsübliche Vergleichsmiete als Maßstab künftig realistischer abgebildet wird, soll der Zeitraum der zu berücksichtigenden Neuabschlüsse von Mietverträgen und der Mietpreisänderungen im Mietspiegel von vier auf sechs Jahre erweitert werden. Verbessert werden soll aber auch der Mieterschutz in bestehenden Mietverhältnissen.

weiter auf Seite 3 - mehr auf Seite 5

Kampf um Steuergerechtigkeit

Sigmar Gabriel kündigt Gesamtkonzept der SPD an

Nicht nur die Steuerbelastung, sondern auch Abgaben und Gebühren sollen in einem neuen Gesamtkonzept berücksichtigt werden, mit dem die SPD für mehr finanzielle Gerechtigkeit sorgen will. Das kündigte der SPD-Vorsitzende Sigmar Gabriel an.

Als ungläubwüdig bezeichnete Gabriel Versprechen der CDU, Arbeitnehmer steuerlich zu entlasten. An solchen „Münchenhausen-Wettbewerben“ werde sich die SPD nicht beteiligen, sagte Gabriel

Arbeitnehmer in den unteren Einkommensgruppen hätten ohnehin nichts davon, da sie kaum Steuern zahlen. Sie sind durch Sozialabgaben oder Kitagebühren belastet. Hier soll das SPD-Konzept alle Be-

reiche berücksichtigen. Als ungerecht bezeichnete Gabriel allerdings die pauschale Abgeltungssteuer von 25 Prozent auf Kapi-

IN DIESER AUSGABE:

SCHULZ: NACHWUCHS GEFÖRDERT	S. 4
EVA HÖGL ZUM INTEGRATIONSGESETZ	S. 7
VER.DI HINTERFRAGT AFD-THESEN	S. 8
SOZIALISTENFRIEDHOF (TEIL 2)	S. 13

taleinkünfte. Sie war 2009 eingeführt worden, um der Kapitalflucht entgegenzuwirken. „Wer sein Geld durch Aktienkäufe verdient, wird künftig nicht mehr weniger Steuern zahlen als einer, der malochen geht“, sagte Gabriel gegenüber der „Zeit“.

BS □

Sylvia-Yvonne Kaufmann:

Weniger Bürokratie

EP vereinfacht Anerkennung offizieller Dokumente

Nicht nur unsere schöne Heimatstadt Berlin lebt vom gemeinschaftlichen Miteinander der einheimischen und zugezogenen Bevölkerung. In der gesamten EU wohnen mehr als zwölf Millionen EU-Bürgerinnen und EU-Bürger nicht in ihrem Heimatland, sondern leben und arbeiten in einem anderen EU-Mitgliedstaat. Leider ist es für sie immer noch nicht ganz so einfach, grenzüberschreitend die Echtheit einer öffentlichen Urkunde zu beweisen. Im Europäischen Parlament haben wir daher im Juni ein Gesetz verabschiedet, das diese Anerkennung in Zukunft erheblich erleichtern soll. Ein ganz praktischer Erfolg für alle EU-Bürgerinnen und Bürger.

Früher oder später benötigt jeder Bürger öffentliche Dokumente, beispielsweise eine Geburts- oder Heiratsurkunde, ein polizeiliches Führungszeugnis oder eine Meldebescheinigung. Sei es für die Beantragung eines Ausweises, bei beruflichen Bewer-



Sylvia-Yvonne Kaufmann ist Berliner Europa-abgeordnete und Landesvorsitzende der Europa-Union Berlin. Foto: Europäisches Parlament

bungen oder der Eheschließung. Bisher waren häufig teure beglaubigte Übersetzungen von amtlichen Dokumenten notwendig, damit diese im EU-Ausland anerkannt werden. Außerdem brauchte man noch die Bestätigung der Echtheit einer ausländischen öffentlichen Urkunde durch die Konsulate des Staates, in dem die Urkunde verwendet werden sollte. Dieser

bürokratische Aufwand gehört nun bald der Vergangenheit an.

Die Europäische Kommission legte 2013 einen Vorschlag für die Vereinfachung der Annahme von bestimmten öffentlichen Urkunden innerhalb der EU vor. Das Europäische Parlament und der Rat der EU einigten sich nach intensiven Verhandlungen auf einen gemeinsamen Kompromiss, der dabei helfen soll, die Mobilität von EU-Bürgerinnen und Bürgern zu erhöhen. Heirats- und Geburtsurkunden oder polizeiliche Führungszeugnisse werden zukünftig ohne beglaubigte Übersetzung der Form nach anerkannt. EU-Bürger können nun mehrsprachige Standardformulare anfordern, um sie im EU-Ausland zu verwenden. Das verkürzt die Verwaltungsverfahren zur Anerkennung von öffentlichen Dokumenten und spart somit Zeit und Geld.

Wir im Europäischen Parlament begrüßen das neue Gesetz. Aus Sicht unserer sozialdemokratischen Fraktion ist ein besonderer Gewinn, dass die Kosten für die standardisierten mehrsprachigen Formulare gedeckelt werden. Uns war es zugleich ein wichtiges Anliegen, dass die Neuerungen schnell und umfassend bekannt werden. Auf unseren Vorschlag hin wurden die EU-Kommission und die Mitgliedstaaten dazu verpflichtet, die EU-Bürger über dieses neue Verfahren zu informieren.

Die Mobilität von Bürgern, die in einem anderen EU-Mitgliedstaat leben, studieren oder arbeiten, wird somit deutlich erleichtert. Die Behördengänge werden weniger, kürzer und preiswerter. Dies ist aber nur der erste Schritt auf dem Weg zu einem europaweit einheitlichen Umgang mit öffentlichen Dokumenten. Wir konnten in den Verhandlungen auch durchsetzen, dass eine Ausweitung auf weitere Dokumententypen, wie zum Beispiel Schulzeugnisse oder Behindertenausweise, von der Kommission eingehend geprüft werden muss. Wir bleiben also weiter dran, damit EU-Bürger noch stärker von einer Vereinfachung ihres Alltags in Europa profitieren können.

Sylvia-Yvonne Kaufmann □

Gewaltangriffe:

„Bedrohliche Situationen“

Dennis Buchner fordert Gesamtstrategie des Innensenators

Auf Büros von SPD-Politikerinnen und SPD-Politikern und das Kreisbüro Marzahn-Hellersdorf sind erneut Angriffe mit erheblichen Sachschäden verübt worden.

Ende Mai war das Büro des Abgeordneten Frank Jahnke in Charlottenburg betroffen, Anfang Juni ist das Büro des Neuköllner Bundestagsabgeordneten Fritz Felgentreu in der Gropiusstadt angegriffen worden. Dort haben Unbekannte Schaufensterscheiben zerstört und Botschaften gegen CETA und TTIP hinterlassen.

„Inzwischen erleben wir fast wöchentlich Vandalismus an unseren Büros, zunehmend aber auch bedrohliche Situationen an unseren Infoständen“, so Dennis Buchner, Wahlkampfleiter und Landesgeschäftsführer der Berliner SPD. „Es ist unerträglich, wenn demokratische Positionen nicht mehr angstfrei vertreten werden. Dabei gerät die SPD offenbar sowohl ins Visier von linksextremen wie rechtsextremistischen Gruppen.“

Offensichtlich liegt eine Ursache auch in immer offensiver über das Internet geäußerten Hassbotschaften. Teils unter Klarnamen werden hier Gewaltandrohungen gegen Politikerinnen und Politiker geäußert, aber auch gegen Menschen mit anderer Hautfarbe, anderer Religion oder



Zerstörte Scheiben: das Bürgerbüro von Fritz Felgentreu. Foto: SPD Neukölln

anderer sexueller Orientierung. Der Weg vom Facebookpost zum Steinewerfen wird offenbar kürzer.

„Wir begrüßen die Initiative des Bundesjustizministers, härter gegen Hasskriminalität vorzugehen. Es braucht aber auch eine Gesamtstrategie des Innensenators Frank Henkel und der Berliner Polizei, sicherzustellen, dass Demokratinnen und Demokraten keine Angst haben müssen, ihre Positionen zu vertreten – erst Recht im beginnenden Wahlkampf. Im Übrigen handelt es sich nicht um Kavaliersdelikte. Wir fordern Zeugen dringend auf, die Polizei zu verständigen und bei der Ermittlung von Tätern zu helfen“, so Buchner. **PM □**

Berliner Stimme

Herausgeber: SPD Landesverband Berlin
Verlag: wegewerk GmbH, Saarbrücker Str. 24, Haus A, D 10405 Berlin
Redaktion: Ulrich Horb (V.i.S.d.P.), Tel.: 030-4692 150, Fax: 030-4692 240, E-Mail: berliner.stimme@spd.de, Post: Müllerstr. 163, 13353 Berlin
Abo-Service: Jürgen Thomas, Tel.: 2130 870, E-Mail: berliner.stimme@wegewerk.de
 Abonnementspreis: 28 Euro pro Jahr (bei Zustellung per E-Mail), 35 Euro pro Jahr (bei Zustellung per Post)
Druckerei: KORRekt Mailingservice Berlin

Mieterschutz wird ausgebaut

Michael Müller stellte Berliner Bundesratsinitiative vor

Fortsetzung von Seite 1

Nach der Berliner Bundesratsinitiative sollen Mieten in angespannten Wohnungsmärkten wie dem Berliner um nicht mehr als 15 Prozent innerhalb von vier Jahren steigen dürfen, sofern sie unterhalb der ortsüblichen Vergleichsmiete liegen. Mit seinen landeseigenen Wohnungsbaugesellschaften hat Berlin schon eine ähnliche Regelung ausgehandelt. Auf Bundesebene sind bislang Erhöhungen um 20 Prozent innerhalb von drei Jahren möglich. Die maximal zulässigen Mieterhöhungen bis zur ortsüblichen Vergleichsmiete werden durch den längeren Zeitraum um rund ein Viertel reduziert, so Andreas Geisel. Auch Sanktionen sind vorgesehen: Mit der jetzt von Berlin vorgeschlagenen Änderung des Wirtschaftsstrafgesetzes können überhöhte Mieten künftig zu Bußgeldzahlungen führen.

Gedeckelt werden Mieterhöhungen nach Modernisierungsmaßnahmen. Statt bislang elf sollen künftig nur noch acht Prozent der für die Wohnung aufgewendeten Kosten jährlich aufgeschlagen werden können. Und die Eigentümer werden zur Wirtschaftlichkeit verpflichtet - nur noch die tatsächlich erforderlichen und unabweisbaren Modernisierungskosten können dann auf die Mieterinnen und Mieter umgelegt werden.

Einen Erfolg hatte die Mietenpolitik des Senats auch auf einem anderen Feld. Das Berliner Verwaltungsgericht hat die Klage



Berlin startet eine neue Bundesratsinitiative für bezahlbare Mieten. Foto: Horb

von vier Vermietern zurückgewiesen, die ihre Wohnungen als Feriendomizile vermietet haben. Damit hat das von der SPD maßgeblich vorangebrachte Zweckentfremdungsverbot in Berlin Bestand.

Der Senator für Stadtentwicklung und Umwelt, Andreas Geisel, begrüßte die Entscheidung des Verwaltungsgerichtes ausdrücklich. „Das ist ein guter Tag für die vielen Wohnungssuchenden in unserer Stadt. Ich fühle mich in meiner sozialen Stadtentwicklungspolitik bestätigt. Denn das Zweckentfremdungsverbot will niemanden ärgern oder drangsalieren, es hat ein einfaches Ziel: Den Menschen helfen, die eine Wohnung suchen und Wohnungen dafür zu nutzen, wofür sie gebaut wurden – zum Wohnen.“

BS □

Inneres:

Garantierte Wahl

CDU-geführte Innenverwaltung will Probleme ausräumen

Innensenator Frank Henkel (CDU) hat am Dienstag die Garantie für eine „ordnungsgemäße und rechtssichere Wahl“ am 18. September in Berlin abgegeben. Zuvor hatte Landeswahlleiterin Petra Michaelis-Merzbach in einem Brief an die Innenverwaltung auf andauernde Probleme mit der neuen Software hingewiesen.

Das Computerprogramm VOIS soll erstmals zur Wahl im September eingesetzt werden. Als Problem haben sich laut Innenverwaltung vor allem die unterschiedliche Software- und Hardwareausstattung des Landes und der Bezirke erwiesen.

Nachdem der Brief der Landeswahlleiterin am vergangenen Wochenende öffentlich geworden war, hatte der SPD-Fraktionsvorsitzende Raed Saleh den Innensenator zum Handeln aufgerufen. „Wir finden es inakzeptabel, dass die Innenbehörde

nicht nur die unbefriedigenden Zustände in den Bürgerämtern, sondern offenbar auch die gravierenden Probleme bei der von ihr veranlassenen und verantworteten Umstellung der Wahlabläufe aussitzen will“, stellte Raed Saleh in einer Erklärung fest. Er wies zudem darauf hin, dass „auf Initiative der SPD für die Bürgerämter seit 2015 117 zusätzliche Stellen und weitere 2,4 Millionen Euro für Aushilfskräfte von der Finanzverwaltung bewilligt wurden“.

„Wir nehmen die Situation so ernst, wie es der Umgang mit der wichtigsten demokratischen Errungenschaft erfordert“, erklärte Frank Henkel am Dienstag. Technische Probleme, die durch ältere Hardware in den Bezirken entstehen, sollen ausgeräumt werden, in wöchentlichen Arbeitstreffen sollen von dieser Woche an alle beteiligten Behörden zusammenarbeiten.

BS □

Verwaltung:

Mehr Geld für BeamtInnen

Berlins Beamtinnen und Beamte erhalten ab dem 1. August 2016 eine Erhöhung ihrer Besoldung um 3 Prozent. Der SPD-Innenpolitiker Frank Zimmermann bezeichnete das als „weiteren wichtigen Schritt, um den Anschluss an die Entwicklung im Bund und in den anderen Bundesländern wiederzugewinnen“. Die Besoldung wurde 2010 um 1,5 % erhöht, 2011, 2012 und 2013 jeweils um 2 %, 2014 um 3% und 2015 um 3,2 %.

Neu, so Zimmermann, sei eine soziale Komponente, die das Abgeordnetenhaus in Abänderung der Senatsvorlage beschlossen hat: Die Erhöhung der Besoldung wird mindestens 75 Euro betragen. Das bedeutet, dass die unteren Lohngruppen im Ergebnis proportional stärker profitieren.

Zugleich wird das Abgeordnetenhaus die 2005 abgeschafften Jubiläumsszuwendungen wieder einführen. Bei einer Dienstzeit von 25 Jahren werden 350 Euro gezahlt, bei 40 Jahren sind es 450 Euro und bei 50 Jahren 550 Euro. Auch hier, so Zimmermann, hat das Abgeordnetenhaus die Senatsvorlage zu Gunsten der Beamtinnen und Beamten geändert: Zeiten der Ausbildung und des Vorbereitungsdienstes werden nun angerechnet. Zimmermann: „Berlin bringt damit seine Wertschätzung für die Beamtinnen und Beamten zum Ausdruck.“

BS □

Arbeit:

Mindestlohn: 189.000 haben profitiert

189.000 Berlinerinnen und Berliner haben von der Einführung des gesetzlichen Mindestlohns profitiert. Das hat das Statistische Landesamt Berlin-Brandenburg in seiner aktuellen Verdienststrukturerhebung festgestellt, auf die Berlins Arbeitssenatorin Dilek Kolat hingewiesen hat.

„Der Mindestlohn wirkt und er nutzt ganz Berlin, das beweist die aktuelle Statistik“, sagte Dilek Kolat. „189.000 Berlinerinnen und Berliner haben von der Einführung im vergangenen Jahr direkt profitiert. Ihre Stundenlöhne stiegen kräftig – von durchschnittlich sieben auf 8,50 Euro. Aber auch der allgemeine durchschnittliche Bruttoverdienst ist gestiegen – hier vor allem bei den geringer Qualifizierten. Der gesetzliche Mindestlohn ist gerecht: Die Menschen haben mehr Geld in der Tasche, was ihre soziale Lage verbessert. Die gewachsene Kaufkraft tut auch der Berliner Wirtschaft gut.“

BS □

Wissenschaft:

Nachwuchs gefördert

Sven Schulz: Bundesprogramm hilft Berlins Universitäten

Der Bund investiert auf Initiative der SPD-Bundestagfraktion eine Milliarde Euro zusätzlich für die Nachwuchsförderung an deutschen Universitäten. Damit sollen die Aussichten für junge Wissenschaftler, die am Anfang ihrer Karriere stehen und die sich heute noch allzu häufig von Zeitvertrag zu Zeitvertrag hangeln, erheblich verbessert werden. Ziel ist, dass nun viele von ihnen mit Hilfe des Bundesprogramms eine dauerhafte Anstellung erhalten.

Berlin - als Stadt des Wissens - profitiert mit voraussichtlich 65 neuen Professoren überproportional von dem neuen Programm zur Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses/Nachwuchspakt, das bereits im kommenden Jahr starten wird. Aktuell gibt es rund 1.500 Hochschullehrer an Berliner Universitäten. Pro neuer Stelle fließen bis zum Jahr 2032 vom Bund verlässlich jeweils rund 120.000 Euro. Erfreulicher Nebeneffekt von mehr Profs an den Berliner Unis: auch die Betreuung von Studierenden wird besser.

Wir wollen mit der Personaloffensive die Chancen und die Planbarkeit von Karrieren in der Wissenschaft deutlich verbessern. Den Nachwuchsforschern kommt in unserem Innovationssystem eine Schlüsselrolle zu. Ihre Dynamik, Kreativität und Neugier trägt neue Ideen und generiert neues Wissen, ohne das Innovationen nicht denkbar sind. Wir wollen mit der gemeinsamen Initiative von Bund und Ländern zudem Hochschulen dabei unterstützen, moderne Personalentwicklungskonzepte aufzulegen.

Diese Initiative reiht sich ein in andere



Wilhelm von Humboldt und der Uni-Nachwuchs: Programm sorgt für mehr Planbarkeit. Foto: Horb

Maßnahmen zur Verbesserung der Situation von Nachwuchswissenschaftlern. So haben wir mit der Novelle des Wissenschaftszeitvertragsgesetzes die arbeitsrechtliche Situation an wichtigen Stellen verbessert. Die Aufstockung von Promotionsstipendien war eine Entscheidung von der der Ausschuss für Bildung und Forschung, wenn ich das so sagen darf, geträumt hat - wir haben es im Haushaltsausschuss beschlossen.

Natürlich ist uns klar, dass wir mit diesen bundespolitischen Maßnahmen nicht alle Defizite an manchen Hochschulen der Länder ausgleichen können. Aber wir können und müssen im Rahmen unserer Möglichkeiten und Kompetenzen sozialdemokratische Konzepte durchsetzen. Gerade bei der Förderung von Nachwuchswissenschaftlern und „guter Arbeit“ in der Wissenschaft ist uns das, das darf ich bei allen Schwierigkeiten mit der CDU/CSU sagen, gelungen. **Sven Schulz** □

Umwelt:

Ehrgeizige Ziele beim Klimaschutz

Bis zum Jahr 2050 soll Berlin nach den Plänen des Senats zu einer klimaneutralen Stadt werden. Das hat Stadtentwicklungsminister Andreas Geisel jetzt deutlich gemacht.

Die Kohlendioxidemissionen werden um mindestens 85 Prozent, bezogen auf das Basisjahr 1990, reduziert. Mit diesem Klimaneutralitätsziel reagiert Berlin wie viele andere internationale Metropolen auf den Klimawandel. Mit dem am 6. April 2016 in Kraft getretenen Berliner Energiewendegesetz liegt ein gesetzlicher Handlungsrahmen vor. Daraus ergibt sich auch die Verpflichtung des Senats, dem Berliner Abgeordnetenhaus ein Berliner Energie- und Klimaschutzprogramm (BEK) mit konkreten Strategien und Maßnahmen vorzulegen. Das BEK 2030 enthält Maßnahmen in den Handlungsfeldern Energie, Verkehr, Gebäude und Stadtentwicklung, Wirtschaft sowie Private Haushalte und Konsum für den Umsetzungszeitraum bis 2020 und den Entwicklungshorizont 2030.

„Die Herausforderungen bei der Reduzierung von CO₂-Emissionen, die sich einer wachsenden Stadt wie Berlin stellen, sind groß“, so Umweltsenator Andreas Geisel. „Mit den Investitionen in Klimaschutz sind vielfältige positive Effekte für die Bereiche Gesundheit, Umweltschutz, Lebensqualität und Zukunftsfähigkeit für unsere Stadt verbunden. Gleichzeitig werden aber auch wesentliche wirtschaftliche Impulse gesetzt. Der Umbau unserer Energiewirtschaft, Investitionen in Energieeffizienz und Wärmewende durch verbesserte Ressourceneffizienz im Gebäudesektor schafft Arbeitsplätze in Wirtschaft und Handwerk.“ **BS** □

Eduard Bernstein wird wieder geehrt

Senat beschließt neue Liste der Ehrengräber des Landes Berlin

Das Grab Eduard Bernsteins, eines der wichtigsten Theoretiker der SPD, hat wieder den Status eines Ehrengrabs des Landes Berlin erhalten. Das hat der Berliner Senat jetzt beschlossen.

Insgesamt sollen 124 bisherige Ehrengräber auch in den kommenden 20 Jahren erhalten werden, siebzehn weitere Gräber stehen auf der neuen Liste, darunter das des Politikers und Autors Eduard Bernstein, der auf dem Friedhof Schöneberg I am Innsbrucker Platz begraben liegt. Seine Grabstätte, für die 2007 von der SPD ein neuer Grabstein gestiftet worden war, hatte von 1952 bis 2010 den Status einer Ehrengrabstätte des Landes Berlin. Die Streichung von der Liste war vor allem von der Histori-



Der im Dezember 2007 gestiftete Grabstein am Grab von Eduard Bernstein. Foto: Horb

schen Kommission der Berliner SPD immer wieder kritisiert worden. Bernstein hatte maßgeblich die Programmatik der SPD

mitbestimmt und auf eine Umsetzung sozialistischer Ziele durch Reformen gesetzt. Nachdem 2010 die Pflege des Grabs nicht mehr durch das Land Berlin erfolgte, hatten mehrere Mitglieder der Friedenauer SPD die Pflege übernommen.

Zu den bisherigen Ehrengräbern gehören u.a. das von Theodor Fontane, Karl Friedrich Schinkel, Käthe Kollwitz oder Carl von Ossietzky. Neu dazugekommen sind u.a. die Grabstellen des Verlegers Axel Springer, des Kritikers Friedrich Luft, der Parlamentspräsidentin Hanna-Renate Laurien, von Willy Brandts Ehefrau Rut oder der Bürgerrechtlerin Bärbel Bohley. Nur etwa zehn Prozent der Ehrengräber sind bedeutenden Frauen gewidmet. **uh** □

Parteikonvent:

Neue Initiativen zum Mieterschutz

Berliner SPD setzt sich für Verbesserungen auf Bundesebene ein

Die Wohnungs- und Mietenpolitik wird nun auch in der Bundes-SPD immer intensiver diskutiert. Dabei werden Vorschläge aus Berlin aufgegriffen. „Berlin ist eine Mieterstadt und die Berliner SPD ist es, die immer an der Seite der Mieterinnen und Mieter stand und stehen wird“, sagte Berlins Regierender Bürgermeister Michael Müller auf einer Pressekonferenz mit dem SPD-Vorsitzenden Sigmar Gabriel, nachdem der Parteikonvent eine Reihe von Maßnahmen zur Verbesserung der Situation auf dem Wohnungsmarkt beschlossen hatte.

Instrumente wie die Mietpreisbremse seien der richtige Weg, sagte Michael Müller, die von der CDU zu verantwortenden Lücken hätten aber dazu geführt, dass sie nicht ihre volle Wirkung entfalten konnte. „Wir sorgen dafür, dass die Mietpreisbremse als Instrument vollumfänglich im Sinne der Mieterinnen und Mieter wirken wird“, so Müller.

Die Mietpreisbremse soll drastische Mieterhöhungen bei einer Neuvermietung ausschließen. Michael Müller nannte auf dem Konvent die Punkte, die zügig durch



Michael Müller will weitreichende Verbesserungen für Mieterinnen und Mieter. Foto: Horb

eine Bundesratsinitiative, u.a. durch Berlin, für die MieterInnen angestoßen werden: Die Vermieter sollen verpflichtet werden, die Miete des Vormieters offen zu legen. Wenn MieterInnen zu viel Miete gezahlt haben, sollen sie einen Anspruch auf Rückzahlung erhalten. MieterInnenrechte sollen bei Modernisierungen von Wohnungen gestärkt werden. Auf Initiative der SPD Berlin sollen Mieten nicht mehr alle drei Jahre, sondern nur alle vier Jahre erhöht werden dürfen.

Der Spitzenkandidat der Berliner SPD,

Michael Müller, sagte zudem seine Unterstützung für die Initiative von Heiko Maas zu, beim Mietspiegel die letzten acht statt vier Jahre zu berücksichtigen. Damit werden niedrigere Bestandsmieten mit in die Durchschnittsberechnung einbezogen. Auch die Senkung der Modernisierungsumlage von 11% auf 8% ist für ihn der richtige Schritt. „Berlin“, so Müller, „könnte sich hier auch 7% vorstellen.“

Die Berliner SPD setzt auf einen Dreiklang: Bauen – Zweckentfremdung stoppen – alle rechtlichen Möglichkeiten gegen Mietwucher ausschöpfen. 30.000 neue Wohnungen wurden durch Neubau und Zukauf in den Landesbesitz aufgenommen werden, der Bestand soll um weitere 100.000 städtische Wohnungen erhöht werden. Die öffentlichen Gelder für den Wohnungsbau werden ausschließlich zur Schaffung von bezahlbaren Mietwohnungen eingesetzt. Zur veränderten Liegenschaftspolitik sagte Müller: „Auch auf der Bundesebene muss es eine Abkehr vom Verkauf im Höchstpreisverfahren geben, damit z.B. kommunales Wohnen günstiger auf Bundesgrundstücken realisiert werden kann.“

JoS □

„Politik für die solidarische Mitte“

SPD-Parteikonvent beschließt Antrag zum Solidarprojekt - Programmdebatte beginnt

Für die SPD hat die Arbeit am Wahlprogramm zur Bundestagswahl 2017 begonnen. Auf dem SPD-Parteikonvent am 5. Juni hat der SPD-Vorsitzende Sigmar Gabriel dazu erste Eckpunkte unter das Motto „Fortschritt und Gerechtigkeit“ gestellt.

„Wir haben heute über die Zukunft des Landes diskutiert – während CDU und CSU miteinander streiten. Wir wollen das Leben der Menschen besser, gerechter machen“, stellte Gabriel fest. In einem Beschluss zum Solidarprojekt beschreibt die SPD ihre „Politik für die solidarische Mitte“. Dazu gehören die Unterstützung von Menschen mit kleinen und mittleren Einkommen, mehr bezahlbare Wohnungen, Investitionen in die Zukunft, Steuergerechtigkeit und mehr Sicherheit.

So sollen bis zu 400.000 Wohnungen – vor allem mit Sozialbindung – jährlich entstehen. Frauen und Männer, die 40 Jahre gearbeitet haben, müssen nach Ansicht der SPD eine Rente bekommen, die auf jeden Fall höher sein soll als bei Menschen, die nie gearbeitet haben. Private und öffentliche Investitionen sollen in den kommenden zehn Jahren für schnellstes Internet

sorgen. Investieren will die SPD vor allem auch in Bildung, „denn Schulen müssen wieder zu Leuchttürmen in ihren Stadtteilen werden“, so Gabriel. Ein Bildungspakt zwischen Bund und Ländern soll dafür sorgen, dass das notwendige Geld zur Verfügung steht. Mit einem Gesetz für Lohn-gleichheit will die SPD für mehr Gerechtigkeit bei der Entlohnung von Frauen sorgen, ein Vorhaben, das CDU und CSU bislang blockierten. Die öffentliche Sicherheit soll durch bis zu 12.000 zusätzliche Stellen für Polizistinnen und Polizisten bei Bund und Ländern gestärkt werden. Im Kampf gegen Steuerbetrug will die SPD alle Vermögenswerte und rechtswidrige Gewinne aus einer solchen Straftat komplett abschöpfen – und Verjährungsfristen anheben.

„Wir brauchen jetzt ein Solidarprojekt für Wachstum, Zukunftschancen und Zusammenhalt. Wir wollen eine neue Politik für die arbeitende Mitte in Deutschland“, heißt es im Beschluss des Parteikonvents. „Nicht zuletzt stehen wir dabei vor der historischen Bewährungsprobe, unser Demokratie-Modell gegen die Feinde der offenen Gesellschaft zu behaupten und zu stärken. All das, was unsere Demokratie aus-

zeichnet - Toleranz und Solidarität, Freiheit, Liberalität und Sozialstaat – all das wird wieder jetzt wieder bedroht. Die Feinde der offenen und solidarischen Gesellschaft stehen rechts. Wir werden sie besiegen, indem wir durch tatkräftige Politik beweisen, dass die offene Gesellschaft und ihr Sozialstaat stärker, gerechter und erfolgreicher sind als alles, was ihre Feinde zu bieten haben. Gegen die hässliche Kreuzung aus völkischem Nationalismus und purem Neoliberalismus setzen wir die Werte der Aufklärung, der Nächstenliebe und der Arbeiterbewegung: Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität.“

Stark zu bleiben und noch stärker zu werden, verlange auch, soziale Ungleichheit in Deutschland zu verringern, heißt es im Beschluss. „Wir werden die soziale Ungleichheit an ihrer Wurzel bekämpfen: durch ein Bildungssystem, das echte Chancengleichheit gewährt und sozialen Aufstieg für alle ermöglicht, durch gute Arbeit, gute Löhne und ein gerechtes Steuer- und Rentensystem.“ Am 25. Juni gibt es die erste Programmkonferenz in Bonn zum Thema „Arbeit“. Drei weitere Konferenzen sollen folgen.

BS □

FRAKTION INTERN

Gesetzesverschärfung für Wettbüros.

Die Koalition hat eine neue Abstandsregelung für Sportwettbüros ins Parlament eingebracht. Zum Gesetz zur Harmonisierung glücksspielrechtlicher Mindestabstandsvorschriften erklärt der Stadtentwicklungsexperte der SPD-Fraktion, Daniel Buchholz: „Mit unserem strengen Berliner Spielhallengesetz regeln wir bereits einen Mindestabstand von 500 Metern zwischen Spielhallen und 200 Metern zu Oberschulen. Da in Kürze die meisten Spielhallen schließen müssen, besteht eine reale Gefahr, dass dort neue Wettbüros eröffnet werden. Mit der Gesetzesverschärfung werden die härtesten Abstandsregeln für Spielhallen analog auch für Wettbüros verankert“. Weitere Ziele bleiben der Schutz vor Spielsucht insbesondere bei jungen Menschen und eine Attraktivitätssteigerung für die besonders betroffenen Kieze.

Eine weitere Änderung: Das Personal in Glücksspielbetrieben muss in regelmäßigen Abständen Schulungen besuchen, damit der Spielerschutz konsequent umgesetzt werden kann. Bisher war die Pflicht zu Wiederholungen nicht klar gesetzlich geregelt. Die SPD-Fraktion wird in der nächsten Legislaturperiode für ein einheitliches Berliner Glücksspielgesetz arbeiten, in dem für alle Facetten des Glücksspiels möglichst einheitliche und verbindliche Regelungen für die Verwaltung und die Betreiber von Spielstätten definiert werden.

Förderung des Radverkehrs. Das Abgeordnetenhaus hat im Doppelhaushalt 2016/17 deutliche finanzielle Schwerpunkte zur Förderung des Fahrradverkehrs gesetzt. Rund 16 Millionen Euro werden für die Verbesserung des Radverkehrs in zwei Jahren zur Verfügung gestellt. Hier einige der Maßnahmen: Für die Verbesserung der Infrastruktur für den Radverkehr fließen fast 7 Millionen Euro. Damit werden das Fahrradrouthenetz hergestellt sowie Lücken von Radwegen geschlossen und Radfahrstreifen und Schutzstreifen für den Radverkehr an Hauptverkehrsstraßen geschaffen. Ferner sollen die Fernradwanderwege Berlin-Leipzig, Dahme-, Spree- und Havelradweg auf Berliner Gebiet ausgebaut werden. Weitere 4 Millionen Euro stehen für die Verbesserung der Verkehrssicherheit und für die dringliche Sanierung bzw. Beseitigung von größeren Schäden auf Radwegen bereit. Rund 3 Millionen Euro gehen in die Förderung eines öffentlichen Leihfahrradsystems. Weitere Mittel in sechsstelliger Höhe sind für die Umsetzung der Radverkehrsstrategie, das Fahrradparken und die Sicherheitskampagne Radverkehr eingeplant. **cs** □

Ein Porträt für Michael Müller

Füreinander-Tour durch die Bezirke endete in Reinickendorf

Es war die letzte Station seiner Füreinander-Tour durch die Berliner Bezirke: Im Restaurant Maestral gegenüber vom Reinickendorfer Rathaus beantwortete Michael Müller gut anderthalb Stunden lang Fragen zur Wohnungspolitik, zur Bildungspolitik oder zum Anwachsen rechtspopulistischer Strömungen.

Gleich zu Beginn stand die Frage nach dem Verbot von Ferienwohnungen, gestellt von einer Vermieterin, die darauf verwies, dass es im Bezirk doch viel Leerstand gebe. Das sah Michael Müller anders: In ganz Berlin sei der Leerstand prozentual so gering, dass das Verbot von Zweckentfremdung notwendig geworden sei. Es treffe nicht nur Ferienwohnungen, sondern auch spekulativen Leerstand. Mit dem Gesetz sei ein Rahmen vorgegeben, innerhalb dessen es durchaus auch noch Spielräume für Genehmigungen durch die Bezirksämter gebe. Ziel sei allerdings, die vielen tausend Wohnungen, den nicht für Wohnzwecke genutzt werden, wieder dem Wohnungsmarkt zur Verfügung zu stellen.

Michael Müller wies darauf hin, dass die Stadt weiter wachse, dass Wohnungsneubau notwendig sei, dass aber auch die Infrastruktur mitwachsen müsse. Es werden mehr Stellen bei Polizei und Feuerwehr geschaffen, betonte er auf entsprechende Fragen, allerdings können nicht alle Stellen sofort in vollem Umfang besetzt werden, weil zuvor noch die Ausbildung absolviert werden müsse. Auch bei Kitas und Schulen gibt es nicht nur bauliche Herausforderungen, sondern auch personelle.

Sorgen bereitet Michael Müller die Zu-



Der Künstler Kai Hellbardt nutzte den Füreinander-Termin in Reinickendorf, um dem Regierenden Bürgermeister ein großformatiges Porträt zu schenken. In Anspielung auf den BER hat Hellbardt, der im Prenzlauer Berg lebt, Müller einen Papierflieger auf die Sessellehne gemalt. Michael Müller dankte dem Künstler. Ihm gefalle besonders, so Müller scherzhaft, dass er auf dem Porträt so jung aussehe. **Foto: Horb**

nahme von Rechtspopulismus und rechtsradikalen Übergriffen. In ihnen sieht er einen Angriff auf die Weltoffenheit Berlins, die aber gerade das Kapital der Stadt darstellt. Der Vielfältigkeit und Toleranz hat es Berlin zu verdanken, dass immer mehr junge Start-ups hier ihre Ideen verwirklichen, zum wirtschaftlichen Aufschwung der Stadt beitragen und Arbeitsplätze schaffen. Diese für Berlin so erfreuliche Entwicklung geriete in Gefahr, wenn Berlin international mit Engstirnigkeit und Ausgrenzung verbunden würde. Müller erneuerte zudem seine Warnung vor einem Einzug der AfD in die Bezirksrathäuser. **uh** □

„Pflege geht uns alle an“

Fraktion vor Ort: Diskussion zu den Pflegestärkungsgesetzen

Die Bundestagsabgeordneten Mechtild Rawert und Ute Finckh-Krämer laden ein zur „Fraktion vor Ort“-Veranstaltung: „Pflege geht uns alle an - Die neuen Pflegestärkungsgesetze“.

Mit den bereits in Kraft getretenen Pflegestärkungsgesetzen (PSG) I und II hat die SPD-Bundestagsfraktion zahlreiche Leistungsverbesserungen für die Pflegebedürftigen, für die pflegenden Angehörigen, für die Beschäftigten erreicht. Ab dem 1. Januar 2017 soll es einen neuen Pflegebedürftigkeitsbegriff und ein neues Begutachtungsverfahren geben. Die neuen Pflegegrade revolutionieren die Pflege. Das nutzt allen, insbesondere auch den an Demenz Erkrankten. Mit dem PSG III wird die kommunale Verantwortung für die Pflege gestärkt und insbesondere die Pflegeberatung ausgeweitet und verbessert. Auch die

Ausbildung wird verbessert. Wie das in der Paxis wirkt, soll diskutiert werden.

➡ Fraktion vor Ort: Pflege geht uns alle an - Die neuen Pflegestärkungsgesetze, 30.06.2016, 19:00, DGB-Haus, Wilhelm-Leuschner-Saal, Keithstraße 1-3, 10787 Berlin. Anmeldung bis zum 28. Juni erbeten: mechthild.rawert@bundestag.de.

Landesvorstand benennt Beauftragte

Der SPD-Landesvorstand hat in seiner Juni-Sitzung drei Beauftragte benannt.

Als Kulturbeauftragte wurde erneut Barbara Scheffer benannt, Internetbeauftragter bleibt Kevin Hönicke, Bildungsbeauftragter ist weiterhin Ingo Siebert. **BS** □

„Aus den Versäumnissen gelernt“

Eva Högl zum Integrationsgesetz: Meilenstein unserer Einwanderungsgesellschaft

Spätestens seit dem Zuzug hunderttausender „Gastarbeiter“ und ihrer Familien in den 1950er und 1960er Jahren ist klar: Deutschland ist ein Einwanderungsland. In den letzten 50 Jahren ist unsere Gesellschaft bunter und vielfältiger, sind aus vielen „Gastarbeitern“ und ihren Familien Mitbürgerinnen und Mitbürger geworden.

Vor dieser Realität hat jedoch allen voran die Union jahrzehntelang die Augen verschlossen. Diese Naivität hat die Integration neu angekommener Menschen erschwert. Es fehlte an klaren Konzepten, an einheitlichen Regeln und Rahmenbedingungen. Die Entscheidung über erfolgreiche Integration wurde dadurch allzu oft dem Zufall oder dem Bemühen Einzelner überlassen - dem Willen der Neuankömmlinge ebenso wie dem Engagement vieler Ehrenamtlicher.

Aus den Versäumnissen der Vergangenheit haben wir nun endlich gelernt. 50 Jahre nach dem Beginn der Einwanderung bekommt Deutschland ein eigenständiges Integrationsgesetz. Das ist ein Paradigmenwechsel und vor allem der Verdienst der SPD, die sich bereits seit Langem für ein solches Gesetz eingesetzt hat.

Das Gesetz findet eine ausgewogene Balance zwischen Rechten und Pflichten, Fordern und Fördern, um Integration erfolgreich zu gestalten. Das heißt jeder Mensch, der neu zu uns kommt, wird die Möglichkeit auf echte Teilhabe und einen Neustart in unserer Gesellschaft bekommen. Jeder Mensch, der neu zu uns kommt, bekommt jedoch auch die Verantwortung, sich aktiv und eigenständig einzubringen.

Was heißt das konkret? Der beste Weg zu Integration ist Arbeit. So wird der Zugang zum Arbeitsmarkt deutlich vereinfacht. Die Vorrangprüfung wird in Gebieten mit guter Arbeitslage befristet für drei Jahre bei Asylbewerbern und Geduldeten ausgesetzt und 100.000 zusätzliche Arbeitsgelegenheiten aus Bundesmitteln für anerkannte Geflüchtete geschaffen.

Auch der Zugang zum Ausbildungsmarkt wird erleichtert. Die Ausbildungsförderung setzt gezielter und früher als bisher ein und es wird mehr Rechtssicherheit bei der Berufsausbildung geschaffen - für Betriebe wie für Geflüchtete. Sie dürfen in Zukunft egal welchen Alters eine Ausbildung beginnen. Die unsinnige Altersgrenze von 21 Jahren wird abgeschafft. Und sie können sicher sein, die Ausbildung auch beenden zu können. Denn ihr Aufenthaltsstatus wird für die Gesamtdauer ihrer Ausbildung gesichert. Bei anschließender Beschäftigung auch danach für zwei weitere Jahre.



Eva Högl, Bundestagsabgeordnete aus Mitte, ist stellvertretende Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion. Foto: Horb

Neben den arbeitsmarktpolitischen werden zudem die Angebote zum Spracherwerb nochmals deutlich ausgeweitet und Wartezeiten verkürzt. Das wird die gesellschaftliche Integration fördern.

Im Gegenzug erwartet das Integrationsgesetz von Geflüchteten das Erlernen der deutschen Sprache und eine aktive Teilnahme an den angebotenen Kursen ein. Auf Wunsch der Bundesländer wird eine Wohnsitzauflage eingeführt. Dies ermöglicht den Bundesländern, die Verteilung von Schutzberechtigten besser zu steuern und damit soziale Brennpunkte zu vermeiden.

Das Integrationsgesetz schafft somit zum ersten Mal klare und verbindliche Regeln für Integration. Bürokratische Hürden werden beseitigt und die Voraussetzungen dafür geschaffen, dass Zugezogene schnell

auf eigenen Beinen stehen können und Teil unserer Gesellschaft werden. Das Integrationsgesetz ist deswegen ein historischer Schritt und ein Meilenstein, mit dem endlich anerkannt wird, dass wir eine Einwanderungsgesellschaft sind.

Bei aller Freude über diesen historischen Schritt, dürfen wir uns jedoch Nichts vormachen: Integration gelingt nicht allein durch Regeln, Rechte und Pflichten. Sie können nur der Rahmen erfolgreicher Integration sein. Denn Integration muss vor allem vor Ort gelebt werden - im persönlichen Austausch und Kontakt in unseren Betrieben, Schulen, Sportvereinen und Kirchen. Integration ist somit eine Aufgabe, die uns Alle etwas angeht und zu der wir Alle unseren Beitrag leisten können.

Auf politischer Ebene streben wir bereits den nächsten Schritt an: Die SPD-Bundestagsfraktion will noch im Herbst einen Entwurf für ein Einwanderungsgesetz vorlegen. Mit klaren, einheitlichen und transparenten Regeln wollen wir damit Deutschland attraktiver für Fachkräfte aus dem Ausland machen. Denn infolge des demographischen Wandels altert und schrumpft unsere Gesellschaft. Wir brauchen daher gut ausgebildete und motivierte Menschen, um unseren Wohlstand und Lebensqualität auch in Zukunft zu sichern.

Mit dem beschlossenen Integrationsgesetz und einem möglichen Einwanderungsgesetz setzen wir die Weichen für eine erfolgreiche Integration von Zugezogenen und eine vielfältige, soziale und leistungsfähige Gesellschaft.

Eva Högl □

Vier Tage lang Politikerin

Neuköllner Abiturientin war mit dabei

Im Planspiel „Jugend und Parlament“ sind Anfang Juni wieder 315 Jugendliche aus dem gesamten Bundesgebiet für vier Tage in die Rollen von Abgeordneten geschlüpft, um beispielhaft ein parlamentarisches Verfahren vom ersten Gesetzentwurf bis zu letzten Abstimmung durchzuspielen.

Auf Einladung des Neuköllner Bundestagsabgeordneten Dr. Fritz Felgentreu war in diesem Jahr Lisa Marks dabei, die gerade an der Katholischen Schule St. Marien ihr Abitur bestanden hat: „Ich freue mich riesig über die Chance, ganz hautnah erleben können, wie Politik funktioniert“, so die Schülerin. Zunächst wurden vier Gesetzentwürfe in Arbeitsgruppen, Fraktions- und Ausschusssitzungen diskutiert, dann abgestimmt.



Fritz Felgentreu und Lisa Marks.

Dr. Fritz Felgentreu betont: „Die Teilnahme an einem solchen Planspiel macht für die Jugendlichen ganz unmittelbar erfahrbar, wie langwierig, aber auch wie sinnvoll eine ausführliche Diskussion und sachliche Auseinandersetzung auf dem Weg zu einem neuen Gesetz ist.“

PM □

Parteien:

Argumente statt Parolen

Gewerkschaft hinterfragt die „kruden Positionen der AfD“

Ignorieren, attackieren oder entzauen? Wie soll man mit der AfD umgehen?

Im Fahrwasser der Sarrazin-Debatte um sog. Überfremdung und als Antwort auf die Merkel-Lösung von der angeblich „alternativlosen Regierungspolitik“ hat sich in den vergangenen Jahren die AfD (Alternative für Deutschland) auf den langen Marsch in die Parlamente gemacht: Sie sieht sich als Straßenprotestbewegung, stammt aus dem mittelständischen Milieu, hält soziale Ungleichheit für gerechtfertigt und naturgegeben, favorisiert vor allem deutsches Kulturgut an deutschen Theatern, ist besessen vom Hass auf den Islam und will unter dem Mantel von Volksbegehren die parlamentarische Demokratie aushebeln.

Da die AfD sich nach eigener Aussage für die „kleinen Leute“ einsetzen will, sollten diese sich dafür interessieren, dass die Partei die Erbschaftssteuer abschaffen und die öffentliche Daseinsvorsorge austrocknen will. Dieser radikal neoliberale Kurs mache aber die Reichen reicher und verstärke den Druck auf prekär Beschäftigte, so der DGB (Infodienst Klartext, 18/2016).

Tiefe Einblicke in das ideologische Ideen-

gebäude der AfD vermittelten auf einem Workshop des ver.di-Landesbezirks Berlin-Brandenburg unter dem Titel „Die programmatische Beliebigkeit der AfD zwischen völkischem Nationalismus und Neoliberalismus“ Parteien- und Extremismusforscher Dr. Gideon Botsch (Moses-Mendelsohn-Zentrum) sieht die AfD in der Gründungsphase als eine Abspaltung der CDU an. Ehemalige Parteigänger, die die sozialdemokratische Orientierung der CDU ablehnten, hätten sich hier eine neue politische Heimat geschaffen.

Mit analytischem Blick auf das Grundsatzprogramm der AfD formulierte Botsch, die „heilige Familie“ bilde den ideologischen Kern der AfD-Philosophie; im Programm heiße es, „staatliche Sicherung für Notlagen kann die Familie als Keimzelle von Solidarität nicht ersetzen“.

Die Rechtspartei fordere darüber hinaus einen schlanken Staat, der sich um Sozialpolitik nicht zu kümmern habe. Schließlich will sie sogar die Arbeitsagentur abschaffen und die Arbeitslosenversicherung privatisieren. Rechtsaußen der Partei verlangen darüber hinaus, all denen das Wahlrecht zu entziehen, die staatlich alimentiert würden.

Der Parteienforscher Prof. Richard Stöss (Berlin) versuchte eine Einordnung der AfD im Koordinatenkreuz von Rechtsextremismus, Rechtskonservatismus und Rechtspopulismus. Sein Urteil über die Partei: Schauen Sie auf das Grundsatzprogramm, dann müsse man ihr das Etikett „nationalistisch, latent rassistisch, reaktionär und fremdenfeindlich“ anheften. Sie setze beim starken Staat vor allem auf Law-and-Order-Politik und verfolge eine restriktive Asylpolitik. Die AfD wolle die Abschottung, das drücke sich auch im Leitmotiv „Deutschland zuerst“ aus; zudem befürworte sie den Austritt Deutschlands aus dem Euro.

Mit 40 Argumentationskarten (Argumente statt Parolen) hinterfragt ver.di die „kruden Positionen der AfD“. Die Kartensätze werden bundesweit an Multiplikatoren vertrieben und sollen Betriebs- und Personalräten Argumentationsfutter liefern, bspw. warum die AfD den Klimawandel leugnet oder Gewerkschaften mundtot machen will.

„Unsere Aufgabe als Gewerkschaft ist es aufzuklären, die vermeintlich einfachen Antworten auf gesellschaftliche Veränderungen einer kritischen Betrachtung zu unterziehen und unseren Mitgliedern Materialien an die Hand zu geben, die eine sachlich fundierte und objektive Auseinandersetzung möglich machen,“ erklärte die ver.di-Bezirksvorsitzende Berlin-Brandenburg, Susanne Stumpfenhusen anlässlich des Workshops. **Dieter Pienkny** □

Parteien:

Die SPD muss Führungswillen zeigen

Parteienforscher Nils Diederich zur Diskussion um die nächste BundespräsidentInnenwahl

Die SPD muss das Bundespräsidentenamt beanspruchen, um ihren Führungswillen zu untermauern.

Die Diskussion um die Nachfolge des Bundespräsidenten Gauck ist entbrannt. Zwar ist es ein vorwiegend repräsentatives Amt, dennoch ist es nicht gleichgültig, wer Gauck nachfolgt. Namen sind im Gespräch: Lammert, Schäuble, Steinmeier, um nur die prominentesten zu nennen. Die Genannten sind „präsiabel“. Aber es kommt jetzt nicht darauf an, eine irgendwie mehrheitsfähige Persönlichkeit zu finden. Die Union wird darauf verweisen, dass sie als größte Partei einen natürlichen Anspruch auf die Wahl eines ihrer Kandidaten habe.

Für die SPD wird die Sache schwieriger. Ihr Abstieg in der Gunst der Wähler hängt mit Sicherheit auch damit zusammen, dass sie schon längst nicht mehr als eigenständige Kraft mit Führungswillen wahrgenommen wird, sondern als bereitwilliger Mehrheitsbeschaffer für Frau Merkel. Die Erfolge reformerischer Leistungen von Sozialdemokraten in der Koalition - und das waren in der Summe mehr als Christdemo-

kraten eingebracht haben - wurden bisher eher der Kanzlerin Merkel gutgeschrieben, als der SPD. Auch die Anstrengungen des Parteivorsitzenden Siegmund Gabriel, sozialdemokratische Werte, wie soziale Gerechtigkeit, als Markenkern der Sozialdemokraten zu verkünden, verpuffen angesichts der Tatsache, dass er in der Koalition als loyaler Vizekanzler und Minister Grundsatzkritik kaum glaubhaft machen kann.

In dieser Situation muss die SPD von Anfang an mit einer eigenen Persönlichkeit als Kandidaten für das Bundespräsidentenamt antreten, unbeschadet der Reaktion aus der CDU/CSU. Lässt sich die SPD auf einen Kompromiss zu Gunsten eines von der Union präsentierten Kandidaten ein, bleibt ihr Streben nach einer Führungsrolle in der Bundespolitik wenig glaubhaft. Dies gilt auch für einen Kandidaten wie Norbert Lammert, der „objektiv“ als Bundestagspräsident dargestellt hat, dass er eine ausgewogene und parteienübergreifende Rolle zu spielen vermag. Seine Wahl durch die Sozialdemokraten in der Bundesversammlung wäre ehrenwert, aber das Eingeständ-

nis, sich mit der Nebenrolle als Mehrheitsbeschaffer abzufinden. Unionsfraktionsvorsitzender Kauder hat selbst verkündet, dass die Zeit Großer Koalitionen zu Ende gehen muss. Zeigen wir, dass wir diese Meinung teilen!

Eine Kompromisskandidatur aus dem rot-rot-grün-gelben Spektrum andererseits würde eher deutlich machen, dass die SPD ein Spielball anderer bleibt, als eine eigene Führungsrolle anzustreben.

Daher ist die Schlussfolgerung: Wenn die Sozialdemokratie im nächsten Bundestagswahlkampf eine glaubwürdige Alternative zur Union im Kampf um die Kanzlerschaft anbieten will, muss sie mit einem eigenen Kandidaten in der Bundesversammlung antreten.

Obwohl die Ausgangslage nicht vollständig vergleichbar ist, kann man auf die Kandidatur von Heinemann als Bundespräsidenten verweisen, dessen Wahl der Vorlauf des Wechsels von der Großen Koalition zur sozialliberalen Koalition unter der Kanzlerschaft Willy Brandts war.

Nils Diederich □

Parteien:

Ein positives Gegenbild entwerfen

Aziz Bozkurt zur AfD: Ein lange vorhandenes Problem wird sichtbar

Die „Partei der schlechten Laune“ – wie Olaf Scholz die AfD nennt – hat in Person des Partei-Vizes Alexander Gauland erst kürzlich wieder einmal mit dem nackten Markenkern der Partei zugeschlagen. Erschreckend waren dabei nicht unbedingt Gaulands Worte, die die rassistische Seele der AfD-Mitglieder streicheln sollten. Erschreckend ist die raumgreifende Öffentlichkeit, die er mit seinen Aussagen erreichte.

Gauland und der AfD gönnt die Medienlandschaft ganze Titelgeschichten in den Sonntagszeitungen und die komplette Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit. Dafür, dass es sich um eine kleine Minderheit – und nichts anderes ist diese Ansammlung von Rechtsextremen, Verschwörungstheoretikern, Rechtspopulisten, Ultra-Konservativen und sonstigen Ewiggestrigen – handelt, etwas zu viel der Ehre.

Um den richtigen Umgang zu finden, sollte bei einer Analyse der Entstehungsgründe der AfD uns zum einen klar sein, dass die Sozialdemokratie den Kulturkampf gegen diese rechte Minderheit entfacht und den gesellschaftlichen Bodensatz an Rassismus sichtbar gemacht hat. Indem wir unter Rot-Grün das Staatsangehörigkeitsrecht generalüberholt haben. Zu Recht. Wir haben das Fundament der Ewiggestrigen über das Selbstbild als Deutsche mit der Reform gesprengt. Nicht von ungefähr kommt daher der Hass auf das „links-rot-grün versifft 68er-Deutschland“.

Zum anderen ist unser Rassismusproblem keine plötzliche Neuerscheinung. Die 90er mit den rassistischen Kampagnen gegen Geflüchtete sind nicht lange her. Die



Aziz Bozkurt ist Bundesvorsitzender der AG Migration und Vielfalt. Foto: Horb

johlenden Zuschauer standen in Rostock-Lichtenhagen genauso klatschend auf den Zuschauerplätzen, wie heute in Frankfurt/Oder, wenn junge Geflüchtete verfolgt und verprügelt werden. Die statistischen Daten für unser Problem liefert uns die Friedrich-Ebert-Stiftung seit Jahren im Rahmen der Mitte-Studien. Wenn jeder Vierte der Deutschen meint, Geflüchtete seien gar nicht wirklich verfolgt in ihren Herkunftsländern oder wenn jeden Fünften der Bevölkerung ein Fremdheitsgefühl wegen der Muslime im Land überkommt, dann ist der Nährboden der AfD offensichtlich. Da muss sich dann niemand verwundert die Augen reiben.

Was bringt uns die Erkenntnis? Hoffentlich eine stoische Gelassenheit. Nicht, weil die Existenz der Rassisten nicht erschreckend wäre. Sondern, weil das Problem schon immer vorhanden war. Früher war rechter Menschenhass für die Mitte nicht sichtbar, heute treibt er die Schamesröte in das Gesicht unserer Gesellschaft. Wir sollten deshalb nicht wie aufgeschreckte Hühner von einem Strategiepapier zum nächsten stolpern oder er-

schrocken alle Blicke auf die AfD lenken – das wäre mal ein Wunsch Richtung Medien. Die Zeit, die tausende Menschen damit verbracht haben, um auf Gauland zu schimpfen, ist an anderer Stelle deutlich besser investiert. In der Form spielen wir nur das von der AfD erwünschte Erregungsspiel, bei dem sie sich an ihrer Opferrolle ergötzen. Wie in all den Talkshows, wo das Spiel vier gegen einen in die Hände der Rechtspopulisten spielt.

Zum Umgang mit der AfD ist Sachlichkeit, Realismus und Pragmatismus aber zu wenig. Ohne eine gewaltige Portion Vision mit einem positiven Gegenbild gegen die Schwarzmalerei der Rechtspopulisten werden wir das Bauchgefühl der Menschen kaum erreichen. Wie es geht, zeigt uns der kanadische Premier Justin Trudeau, der Kanadas „Multikulturalismus als nationale Identität“ im wahrsten Sinne des Wortes lebt. In die Kritik der Rechten am „wohligem Bild einer Multikulti-Idylle“ einzusteigen, kann kein sozialdemokratischer Weg sein.

Nebst der Ansprache des Herzens müssen die realen Ängste der Menschen wahrgenommen werden. Die Angst vor dem Abstieg und der Verlust des Glaubens, dass es einem selbst und den eigenen Kindern mal besser gehen wird. Schafft die Sozialdemokratie neue Aufstiegstreppen in der sozialen Leiter zu bauen und Abstiegsängste wirksam zu bekämpfen, wird der AfD ein wichtiger Nährboden genommen. Andernfalls läuft die Öffentlichkeit Woche für Woche mit hochrotem Kopf hinter den menschenverachtenden Statements der AfD hinterher. Warum nicht weniger Aufmerksamkeit ohne die Wachsamkeit zu verlieren?! Aziz Bozkurt □

Öffentlicher Dienst:

Moderne Verwaltung, moderne Stadt

Franziska Becker und Dr. Clara West: Vorschläge für eine Qualitätsoffensive im öffentlichen Dienst

Der Zustand der öffentlichen Verwaltung in Berlin sorgt schon seit längerer Zeit für Diskussionen. Nicht erst die im vergangenen Jahr sich zuspitzenden Probleme um die Berliner Bürgerämter haben gezeigt, dass Handlungsbedarf besteht. Hier wollen Lösungen gefunden werden, wie die Berliner Verwaltung in einer wachsenden Stadt ihrer Aufgabenstellung gerecht werden und wie es gelingen kann, dass die Verwaltung den Berlinerinnen und Berlinern als verlässliche Partnerin zur Seite steht.

Jeder und jede spürt im Alltag, wie wichtig es ist, dass die Arbeit in den Ämtern gut funktioniert, aber eben auch, wie es ist, wenn die Dinge nicht so gut laufen. Man erwartet in erster Linie, dass all die Dinge funktionieren, für die die Verwaltung zuständig ist. Wenn man einen Pass auf dem Bürgeramt beantragt, dann schlichtweg nur, weil es notwendig ist.

Damit das gelingen kann, braucht Berlin in den kommenden Jahren mehr qualifizierte und motivierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter für seine Behörden. Um sie zu finden, muss einiges getan werden.

Aktuell stehen wir vor großen Herausforderungen, die sich aus den zukünftigen, aber auch den Entwicklungen der Vergangenheit ergeben. In Berlin wurde über Jahre insbesondere am Personal gespart, weil dies durch die finanzielle Situation des Landes nach der Wende unumgänglich war. Aber dieses Sparen ist nun sichtbar an seine Grenzen gekommen, daher stellen Senat und die Bezirke seit einiger Zeit wieder ein. Der Personalbestand im Land Berlin soll bis 2018 auf mehr als 110.000 Beschäftigte anwachsen. Im Doppelhaushalt

Fortsetzung Seite 10

Fortsetzung von Seite 9

2016/17 sind rd. 4.000 neue Stellen im Land und in den Bezirken eingestellt. Der Senat und das Abgeordnetenhaus von Berlin haben die Herausforderungen erkannt, Strategien zur Personalentwicklung entwickelt und erste Maßnahmen ergriffen. In den nächsten Jahren werden wir zu einer 4-Millionen-Stadt anwachsen, viele Menschen ziehen nach Berlin: Damit wachsen auch die öffentlichen Aufgaben. Die Erwartungen an die Verwaltung und damit die Rollenverständnisse haben sich jedoch ebenfalls gewandelt: Immer mehr ist gefragt, dass Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Verwaltung auch vermittelnd und/oder beratend zur Seite stehen.

Es wird nicht ausreichen, nur Geld für mehr Personal zur Verfügung zu stellen. Berlin muss auch motivierte und qualifizierte Menschen dafür gewinnen, sich für einen Beruf im öffentlichen Dienst zu entscheiden. Schon jetzt fehlen Fachkräfte in vielen Bereichen, jede(r) Fünfte in der Berliner Verwaltung geht in den nächsten Jahren in den Ruhestand. Der aktuelle Altersdurchschnitt und der Krankenstand zeigen, dass eine engagierte und vorausschauende Personalpolitik mehr denn je gefragt ist. Nicht zuletzt ist die Entlohnung im öffentlichen Dienst immer wieder diskutiert worden, weil Berlin teilweise nicht an das Lohnniveau anderer Länder oder gar der Bundesverwaltungen herankommt, wir aber mit diesen Verwaltungen um die besten Köpfe konkurrieren.

All diese Aspekte machen es notwendig, an weiterführenden Konzepten und Ideen für eine zeitgemäße Personalpolitik zu arbeiten - und diese in kürzester Zeit auch umzusetzen. Als Sozialdemokratinnen möchten wir mit diesem Papier Vorschläge machen, was in diesem Sinne zu tun ist: Wir setzen hierbei insbesondere auf gute Ausbildung, Vereinbarkeit von Familie, Beruf und Pflege, auf verbesserte Aufstiegschancen und darauf, dass sich die Verwaltung auf die gewandelten Bedürfnisse der Bevölkerung einstellt. Dies sehen wir als Haushälterinnen jedoch immer vor dem Hintergrund knapper Ressourcen.

I. Wir brauchen: Nachwuchs und neue Fachkräfte**... deshalb müssen Land und Bezirke wieder stärker selbst ausbilden.**

Gerade in den klassischen Verwaltungsberufen, in denen Personalmangel herrscht oder sich andeutet (z.B. bei IT-Fachkräften oder dem Bereich allgemeine Verwaltung für die Leistungsbereiche der Bezirke), sollte das Land Berlin sowie die Bezirke ihren Nachwuchs verstärkt wieder selbst ausbilden. Dies ist vor allem wichtig, um eine praxisnahe Ausbildung zu gewährleisten, aber auch um Anreize zu setzen, nach der Ausbildung für das Land Berlin oder die Bezirksverwaltungen zu arbeiten. Dafür soll-



Franziska Becker ist Abgeordnete in Charlottenburg-Wilmersdorf, Mitglied im Hauptausschuss, Sprecherin für Personalentwicklung und Beauftragte für Berufliche Bildung der SPD-Fraktion
Foto: SPD Berlin

ten insbesondere Duale Studiengänge ausgebaut werden, da sie beide Anreize schaffen. Daneben sollte geprüft werden, ob man in dem Zuge Duale Ausbildungsgänge weiter ausbaut. Der Bezirk Neukölln bildet bereits so Nachwuchskräfte zum Beispiel im Bereich Bauwirtschaftsingenieurwesen oder Elektrotechnik aus. Praxiszeiten sind dabei durchgängig in das Studium integriert.

...deshalb müssen Land und Bezirke Fachkräfte professioneller werben.

Der Senat hat bereits beschlossen, ein zentrales Karriereportal des Landes Berlin einzurichten und die Werbung um Nachwuchs und Fachkräfte in einem Portal unter einer Dachmarke zu bündeln. Dies war eine gute Entscheidung. Wichtig ist aber, dass dies konsequent und zügig umgesetzt wird. Gerade potenzielle Bewerberinnen und Bewerber für Mangelberufe sind professionellere Standards bei Stellenportalen gewohnt und werden durch ein inhomogenes und verwirrendes Außenbild abgeschreckt. Bislang stellten alle Senatsverwaltungen, nachgeordnete Behörden und die Bezirke selbständig ein. Es fehlte an Kooperationen zwischen suchenden Behörden und einem systematischen Informations- oder internen Personalaustausch. Dies führte dazu, dass keine Synergien entstehen konnten und die Konkurrenzsituation innerhalb der Berliner Verwaltungen noch verschärft wurde. Alle Stellenangebote aller Behörden müssen daher zusammengeführt werden.

Ziel muss sein, dass der Auftritt des Landes als Arbeitgeber einheitlich ist und den Standards moderner Stellensuchportale gerecht wird. Sinnvoll erscheint auch eine stärkere Zusammenarbeit mit neuen Partnern, etwa mit der Arbeitsagentur/Regionaldirektion, der Jugendberufsagentur oder allgemein- und berufsbildenden Schulen. Um den Personalbedarf zu decken, muss der öffentliche Dienst für Quereinsteigerinnen und Quereinsteiger aus ande-



Dr. Clara West ist Abgeordnete im Bezirk Pankow, Mitglied im Hauptausschuss und stellvertretende Vorsitzende der SPD-Fraktion im Berliner Abgeordnetenhaus.
Foto: SPD Berlin

ren Berufen stärker geöffnet werden.

... deshalb muss gutes Personal schneller zum Einsatz kommen.

Stellenbesetzungsverfahren dauern in der Regel zu lange. Das führt dazu, dass die Verwaltung kaum hinterherkommt, freie Stellen zu besetzen. Dann bleiben die Aufgaben liegen, die erledigt werden müssen. Die Stellenbesetzung zu beschleunigen, gelingt nur mit einer frühzeitigen Planung, indem man die technischen (insbesondere digitalen) Möglichkeiten nutzt, alle zu beteiligenden Gremien früher einbindet und Abläufe parallelisiert. Mittelfristig sollten für diejenigen Bereiche, in denen schnell viel neues Personal gefunden werden muss, ein zentrales Stellenbesetzungsverfahren eingeführt werden. Dies wird derzeit schon gemeinsam von Senat und Bezirken bei den Bürgerämtern erprobt.

... deshalb dürfen Erfahrungen nicht verloren gehen.

Viele tausend Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter gehen in den nächsten Jahren in den Ruhestand. Es muss deshalb flächendeckend gelingen, ihre Erfahrungen systematisch zu sichern und an neue Kolleginnen und Kollegen weiterzugeben. In einzelnen Verwaltungen gibt es bereits ein strukturiertes „Wissensmanagement“: Geschulte Wissensmanagerinnen und Wissensmanager begleiten und unterstützen Ausscheidende wie Nachfolgende. So lernen sie gemeinsam im Tandem. Bislang gibt es dieses Instrument nur in einzelnen Behörden. Für Ausgeschiedene sollte die Möglichkeit bestehen, aus dem Ruhestand heraus als Coach, Mentorin/ Mentor, Supervisorin/Supervisor oder Consultant/Consultin weiter zu arbeiten.

II. Wir brauchen: Gute Arbeitsbedingungen und Chancengleichheit**... deshalb muss das Land Berlin ein guter Arbeitgeber für alle werden.**

Gerade wenn man die besten Köpfe und den motiviertesten Nachwuchs gewinnen

Fortsetzung Seite 11

Fortsetzung von Seite 10

und langfristig halten will, muss man sich fragen, was man potenziellen Bewerberinnen und Bewerbern bieten kann. Eine gerechte Entlohnung bleibt unser erklärtes Ziel. Den Wettlauf um die beste Bezahlung wird das Land Berlin jedoch selbst mittelfristig mit den größten Anstrengungen nicht gewinnen, sondern lediglich zu große Unterschiede ausgleichen können. Daher muss das Land Berlin auf andere Faktoren setzen, um Arbeit im öffentlichen Dienst attraktiv zu machen. Dazu gehört wesentlich die Vereinbarkeit von Familie und Beruf, die gerechte Verteilung von Arbeitszeit sowie deren Flexibilisierung im Sinne der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Speziell die Chancengleichheit zwischen den Geschlechtern ist uns ein wichtiges Anliegen. Viele Behörden, wie die Senatsverwaltung für Finanzen, praktizieren bereits erfolgreich Modelle, z.B. gleitende Arbeitszeiten, Teilzeitausbildung, „Home Office“, Arbeitszeitguthaben, Möglichkeiten für Unterbrechungen der Arbeit in Form von Sabbaticals und ganz allgemein Maßnahmen für ein gutes Betriebsklima. Auch für den Fall, dass sich jemand für Teilzeitarbeit entscheidet, muss es möglich sein, wieder in Vollzeit zurückzukehren. Einzelne Verwaltungen sind bereits im Rahmen des Audits Beruf und Familie als familienfreundlicher Betrieb zertifiziert.

Allerdings: Diese guten Arbeitsbedingungen sind längst nicht in allen Teilen der Verwaltung Standard. Vor allem profitieren oft die schlechter bezahlten Berufsgruppen in der Verwaltung davon kaum oder gar nicht. Das muss sich ändern: Es muss unser Ziel sein, diese Maßnahmen zum Standard für alle Behörden zu machen, damit alle davon profitieren können.

Angesichts des hohen Krankenstands in vielen Verwaltungen müssen daneben systematisch Angebote zur präventiven Gesundheitsförderung etabliert werden. Gerade dort, wo besonders viele Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter langfristig ausfallen, braucht es ressortübergreifende Konzepte, um wieder zu einem Normalmaß zurückzukehren. Nur so können sie aus Belastungs-Teufelskreisen herauskommen. Zu einer guten Personalführung gehört es zudem, sich in diesem Sinne um seine Beschäftigten - auch auf unterster Ebene und im einzelnen Team - zu kümmern.

... deshalb muss es wieder mehr Aufstiegschancen geben.

In den letzten Jahren ist nicht nur dadurch gespart worden, dass man Personal zahlenmäßig abgebaut hat. Es gab auch wenig Möglichkeiten zum Aufstieg innerhalb der Verwaltung, da kaum noch befördert wurde. Dies führt u.a. dazu, dass gerade junge Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und die unteren Laufbahngruppen wenig

Perspektiven hatten. Wer nach „oben“ wollte, musste bereits recht weit „oben“ einsteigen. Das schreckt qualifizierte Kräfte von einem Einstieg in untere Laufbahngruppen ab. Zudem motiviert es nicht zu großer Leistung. Daher ist es notwendig, dass wir die Laufbahnen wieder stärker öffnen oder wie in anderen Bundesländern die Möglichkeit schaffen, die Probezeit bei Bedarf zu verkürzen.

... deshalb ist unser neues Personal vielfältig.

Berlin ist eine vielfältige Stadt. Hier leben Menschen verschiedener ethnischer Herkunft, Religion, sexueller Orientierung, unterschiedlichen Alters, Geschlechts, Familienstands oder Menschen mit Behinderungen. Eine moderne Verwaltung spiegelt diese Vielfältigkeit der Berliner Bevölkerung auch bei ihrem Personal und in ihrer Arbeit wider. Das erfordert, dass jede(r) die gleichen Chancen hat, dort eine Stelle zu bekommen. Diskriminierung muss konsequent begegnet werden. Auch hier gibt es bereits viele gute Ansätze (wie die Projekte „Berlin – Stadt der Vielfalt“ und „ViVe - Vielfalt in der Berliner Verwaltung“ oder anonymisierte Bewerbungsverfahren), die jedoch noch nicht flächendeckend und systematisch umgesetzt werden. Darüber hinaus muss die Wirksamkeit dieser Maßnahmen laufend evaluiert werden.

III. Verwaltung trifft Bürgerinnen und Bürger

Wir brauchen einen Rollenwandel und eine größere Wertschätzung für diejenigen, die direkt mit Bürgerinnen und Bürger zu tun haben. Öffentliche Verwaltungen sind erster Ansprechpartner vielfältiger Anliegen der Bürgerinnen und Bürger. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter vor Ort sind ein wichtiger Schlüssel zu mehr Beteiligung und mehr Transparenz. Die Art und Weise, wie Verwaltung mit Bürgerinnen und Bürgern (und umgekehrt) umgeht und inwieweit man sich auf unterschiedliche Perspektiven und Herangehensweisen einlassen kann, entscheidet oft darüber, ob am Ende alles funktioniert.

Für die öffentliche Verwaltung ist das kein einfaches Thema: Die Vielfalt der Ideen und Interessen kann im Widerspruch zu professionellen Herangehensweisen, Zuständigkeiten und knappen Ressourcen stehen. Gerade diejenigen, die im direkten Kontakt mit der Außenwelt stehen, müssen daher gestärkt und für den Umgang mit den Interessen und Bedürfnissen von Bürgerinnen und Bürgern aus- bzw. weitergebildet werden.

Schutz vor Übergriffen. Oft kommt es gegenüber öffentlich Bediensteten, die mit Bürgerinnen und Bürgern im persönlichen Kontakt stehen (etwa Schuldienst, Bürger- und Ordnungsdienste etc.), zu verbalen oder körperlichen Übergriffen. Nicht immer reichen Verhaltens- bzw. Deeskalati-

onstrainings, um sie vor möglichen Übergriffen umfassend zu schützen. Daher müssen bestehende Maßnahmen und Schutzmechanismen weiterentwickelt werden. Gerade vor dem Hintergrund, dass wir keinen öffentlichen Dienst wollen, der sich hinter Glaswänden verschanzen muss.

IV. Fazit und Ausblick

Auch wenn die Berliner Verwaltung in einer wachsenden Stadt natürlich insgesamt vom Personalkörper her wachsen muss, bleibt es genauso wichtig, die Aufgaben und den Personaleinsatz laufend fortzuentwickeln. Dies ist wichtig, damit Personal dort eingesetzt werden kann, wo es am dringendsten gebraucht wird, statt alle Bereiche nach dem Gießkannenprinzip aufzustocken. Als Haushälterinnen geht es uns nicht darum, grundsätzlich kein Geld ausgeben zu wollen, sondern darum, immer darauf zu achten - da nicht unendlich viel davon da ist -, dass jede Ausgabe aus sich selbst heraus begründet werden muss. Neueinstellungen müssen daher aufgabenkritisch erfolgen. Sie sind kein Automatismus. Mehr Personal muss sich aus neuen oder anwachsenden Aufgaben begründen lassen. Aufgabenkritik bedeutet in diesem Zusammenhang, nicht nur einfach Personal aufzustocken, sondern bestehende Aufgaben und den Personaleinsatz in diesem Zusammenhang zu hinterfragen.

Zum Schluss möchten wir ergänzen, dass dieses Papier keinen Anspruch auf Vollständigkeit erheben kann, insbesondere dann, wenn es darum geht, die Berliner Verwaltung insgesamt zu reformieren. Hierfür ist es unerlässlich, auch über die Ausstattung (z.B. IT) und über Strukturen (z.B. Problematik der Mehrfachzuständigkeiten) zu sprechen. Auch hier sind weitere Reformen notwendig. Aber es hat sich schon einiges getan, wie z.B. mit dem Beschluss des E-Government-Gesetzes.

Im Weiteren wird es wichtig sein, die genannten Strategien aus diesem Papier zu vertiefen, und z.B. differenzierte Strategien für einzelne Berufsgruppen in der Verwaltung und für deren Personalgewinnung zu entwickeln.

Nicht zuletzt möchten wir darauf hinweisen, dass zur Berliner Verwaltung im weiteren Sinne ferner die Landeseigenen Betriebe und diverse (in den 90er Jahren ausgegliederte) Gesellschaften gehören. Im nächsten Schritt müssen sich die Arbeitsbedingungen im oben genannten Sinne in diesen Betrieben ebenfalls verbessern. Wer auch immer in der kommenden Wahlperiode in der Verantwortung steht, hat noch dicke Bretter zu bohren. Gleichwohl die große Chance, die Berliner Verwaltung zu einer modernen Hauptstadtverwaltung zu machen, die ihrem Namen gerecht wird.

Franziska Becker / Clara West ☐

Arbeiterbewegung:

Absage an die „Burgfriedenspolitik“

Die Generalversammlung der Groß-Berliner SPD am 25. Juni 1916

Mit großen Kundgebungen hatte sich die Berliner SPD 1914 für Frieden und Völkerverständigung eingesetzt, Dann jedoch hatte die Mehrheit der SPD-Reichstagsfraktion der Bewilligung der Kriegskredite zugestimmt. Eine Entscheidung, die in der Folgezeit in der Sozialdemokratie und der Fraktion umstritten blieb. Die Zahl der Kritiker wuchs bei jeder Debatte im Reichstag bis hin zur Spaltung. In dieser Ausgabe berichtet Holger Czitrich-Stahl über den Verlauf der Generalversammlung der Groß-Berliner SPD am 25. Juni 1916.

Nach der Gründung der „Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft“ (SAG) nach der Spaltung der Reichstagsfraktion am 24. März 1916 wurden die innerparteilichen Kämpfe mit wachsender Erbitterung fortgeführt.

Insgesamt existierten nun drei Hauptströmungen in der Berliner SPD: Die gemäßigte Strömung um Otto Wels und Eugen Ernst, das „marxistische Zentrum“ um Georg Ledebour und Karl Leid sowie die „Gruppe Internationale“ um Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht. Dabei traten die beiden radikal-sozialistischen Strömungen, die in ihrem Kampf gegen den Krieg und für eine sozialistische Öffnung der Gesellschaft zwar kooperierten, jedoch in einigen Fragen inhaltlich deutliche Differenzen besaßen, keineswegs geschlossen auf. Insgesamt polarisierten die Auseinandersetzungen zwischen Mehrheit und SAG die Gesamtpartei und trieben sie in Groß-Berlin deutlich nach links.

Grund genug also für die Parteilinken, den Angriff auf die Leitungsebenen zu wagen. Wegen des Kriegsausbruchs hatte der Zentralvorstand der Groß-Berliner SPD be-



Gruppenaufnahme mit Mitgliedern der Sozialdemokratischen Fraktion des Deutschen Reichstages 1914. Foto: AdS/FES

schlossen, mit Rücksicht auf die zum Wehrdienst eingezogenen Mitglieder keine Funktionärsneuwahlen vorzunehmen. Am 25. April 1916 entschied sich der Zentralvorstand auf Antrag von Berlin IV, Berlin VI und Niederbarnim dennoch zur Einberufung einer Verbandsgeneralversammlung zur Neuwahl der Leitungsgremien. Die Minderheit legte scharfen Protest ein, unter den Überstimmten befanden sich auch Eugen Ernst und Otto Wels. Doch ihr Protest blieb wirkungslos. Die Linke begann schon im Vorfeld der Konferenz ihre personalpolitischen Vorschläge mehrheitsfähig zu machen. Gemeinsam schlugen Berlin IV und Niederbarnim Arthur Stadthagen für den Parteiausschuss vor.

Der Zentralvorstand legte als Termin der Generalversammlung des Verbandes den 25. Juni fest und lud in die „Germania-Säle“ in der Chausseestraße 110 ein. Der Rechenschaftsbericht dokumentierte den Mitgliederverlust der Partei, in dem sich sowohl

der Krieg als auch die Parteisplaltung widerspiegelten. Dabei waren dort die Mitgliederverluste proportional am größten, wo die Mehrheit dominierte: in Berlin III, V und in Teltow-Beeskow. Am geringsten blieben sie in Berlin VI (Ledebour), Berlin IV (Büchner) und im Niederbarnim (Stadthagen). Auch die beiden mitgliederschwachen Bezirke I und II verbuchten relativ geringe Einbußen. Im März 1916 standen von rund 85.000 Mitgliedern beinahe 38.000 im Felde. Insgesamt kehrte seit dem 4. August 1914 die Anzahl von 31.274 Mitgliedern der Groß-Berliner Sozialdemokratie den Rücken.

Die Generalversammlung am 25. Juni entwickelte sich zu einer Niederlage für die Anhänger der „Burgfriedenspolitik“. Alle ihre Anhänger wurden mit deutlichen Mehrheiten abgewählt, darunter Eugen Ernst und Otto Wels. Die Kräfteverhältnisse betrug etwa 80 % gegen 20%. Insgesamt erwies sich das marxistische Zentrum als dominierende Kraft, wohingegen die Spartakusgruppe, für die Rosa Luxemburg und Ernst Meyer engagiert auftraten, in der direkten Konkurrenz unterlegen blieb. So wurden Adolph Hoffmann („Zehn-Gebote-Hoffmann“) zum Vorsitzenden und Karl Leid, der spätere Weddinger Bezirksbürgermeister, zum zweiten Vorsitzenden gewählt. In den Aktionsausschuss wählten die Delegierten nun mit Emil Basner, Ernst Däumig, Hugo Eberlein, Emil Eichhorn, Paul Hoffmann, Gustav Laukant und Mathilde Wurm exponierte Vertreter der beiden radikalen Strömungen. Rosa Luxemburg wurde in die Pressekommission entsandt, unterlag aber in direkter Abstimmung bei der Wahl zum Parteiausschuss mit 66 Stimmen gegen Arthur Stadthagen, der 262 Stimmen bekam. Die gesamte Linke wählte dann geschlossen Rosa Luxemburg zu Stadthagens Vertreterin. Die Generalversammlung nahm im sich zuspitzenden Konflikt um den „Vorwärts“, dessen Redaktion mehrheitlich offen gegen die „Burgfriedenspolitik“ auftrat, entschieden gegen den Parteivorstand Stellung, forderte die Abkehr der Gesamtpartei von der „Politik des 4. August“ und beschloss eine Solidaritäts- und Sympathieerklärung mit dem inhaftierten Karl Liebknecht. Der Parteivorstand erkannte diese Wahl zunächst nicht an.

Rosa Luxemburg wurde am 10. Juli 1916 in „Schutzhaft“ genommen und von September 1916 bis zum 8. November 1918 in Wronke inhaftiert. Auch Franz Mehring wurde für drei Monate in „Schutzhaft“ genommen. **Holger Czitrich-Stahl** □

Trauer- und Gedenktag

Erhard Eppler spricht zum 75. Jahrestag des Überfalls auf die UdSSR

Am 22. Juni um 18 Uhr lädt der Verein Kontakte zu einer Gedenkveranstaltung aus Anlass des 75. Jahrestags des deutschen Überfalls auf die Sowjetunion.

Die Veranstaltung findet am Sowjetischen Ehrenmal in Berlin-Tiergarten, an der Straße des 17. Juni statt. Es singt der Hanns-Eisler-Chor, die Gedenkrede hält der frühere SPD-Bundesminister Erhard Eppler. Erinnert wird an die Ermordung und Vernichtung von 27 Millionen Menschen in der früheren Sowjetunion. Zugleich soll die Veranstaltung eine Mahnung zum Frieden in Ost und West sein. **BS** □



Sowjetisches Ehrenmal an der Straße des 17. Juni. Foto: Ulrich Horb

Gedenken:

Ort der Widersprüche

Vom Friedhof in Friedrichsfelde zur Gedenkstätte der Sozialisten (2)

Friedrichsfelde ist auch die Ruhestätte zahlreicher Künstlerinnen und Künstler, von Schriftstellerinnen und Schriftstellern. Hier finden sich die Gräber von Käthe Kollwitz oder Otto Nagel, des Schauspielers Eduard von Winterstein, der in der Grabstätte seiner Familie von Wangenheim beigesetzt ist. Der 1912 verstorbene Berliner Oberbürgermeister Martin Kirschner hat eine Ehrengrabstätte, der Verleger Julius Rodenberg wurde hier beigesetzt, aber auch der Schöpfer der Anlage Hermann Mächtig. Der Rundweg über den Friedhof ist ein Blick in die Berliner Kulturgeschichte.

Bis 1945 fanden zahlreiche Beisetzungen in Friedrichsfelde statt, wobei auch auf ältere Grabanlagen nicht immer Rücksicht genommen wurde. 1947 wurde der Friedhof durch den Zukauf von 7 Hektar noch einmal erweitert. In der Nachkriegszeit wurde zugleich das Gedenken an die Wegbereiter der Arbeiterbewegung wieder zum Thema. In Friedrichsfelde sollten das Revolutionsdenkmal erneut errichtet und die Gräber der Sozialisten in einen würdigen Zustand versetzt werden. Der Magistrat fasste im Dezember 1945 entsprechende Beschlüsse, aber es fehlten Mittel und Möglichkeiten.

Teils unter erheblichem Zwang wurde in der DDR und Ost-Berlin die Vereinigung der SPD mit der KPD zur SED vollzogen. In Berlin ging nur ein Teil der SPD-Mitglieder diesen Weg mit, SPD und SED bestanden aufgrund alliierter Rechts nebeneinander weiter. Der Parteivorstand der SED schlug 1946 vor, die Gräber der frühen Sozialisten und der Opfer der Jahre 1919 in einem Bereich zusammenzulegen. In der zunächst noch einheitlichen Berliner Stadtverwaltung war es der Sozialdemokrat Ernst Reuter, der das Projekt in Angriff nahm. Die Anlage sollte im Eingangsbereich erfolgen, während das Revolutionsdenkmal von Mies van der Rohe auf der entgegengesetzten Seite des Friedhofs gelegen hatte.

Die Spaltung der Stadtverwaltung führte dazu, dass der erfolgreiche Wettbewerbsentwurf nicht ausgeführt wurde. Wilhelm Pieck, 1935 im Exil zum KPD-Vorsitzenden gewählt und gemeinsam mit Otto Grotewohl ab 1946 Vorsitzender der SED, setzte einen neuen Entwurf durch, den die Architekten Hans Mücke und Richard Jenner sowie Landschaftsarchitekt Reinhold Lingner unter beständiger Einflussnahme von Pieck entwickelten. 1951 wurde die Gedenkstätte der Sozialisten eingeweiht, ein Rondell entstand, auf des-



Mahnmal in der Gedenkstätte der Sozialisten.

Foto: Horb

sen linken Seite sich die Grabdenkmäler sozialdemokratischer Politiker befinden, während auf der rechten Seite die Urnenstätten von Politikern der ehemaligen DDR liegen. Rund um den Gedenkstein in der Mitte sind Symbolgräber u.a. von Karl Liebknecht, Rosa Luxemburg, Franz Künstler und Rudolf Breitscheid angeordnet, hier ist auch das Grab von Walter Ulbricht.

Schon in den Jahren von 1919 bis 1933 hatte es am zweiten Januarwochenende eine Großdemo von der Frankfurter Allee nach Friedrichsfelde gegeben, die an die Ermordung Rosa Luxemburgs und Karl Liebknechts erinnerte. Ab 1924 stellte die KPD den Namen Lenins dem Demonstrationzug voran und machte sie zur Lenin-Liebknecht-Luxemburg-Feier. Ab 1946 wurde die Tradition wieder aufgenommen. Während der DDR-Zeit wurde die Gedenkstätte der Sozialisten zum Ort für ritualisierte Gedenkveranstaltungen, für Aufmärsche und die Selbstdarstellung des Politbüros, seit 1949 als staatliche Veranstaltung, organisiert von der SED. Das SED-Politbüro marschierte an der Spitze des Zuges vom S-Bahnhof Frankfurter Allee (später vom Frankfurter Tor), an der Gedenkstätte der Sozialisten nahm es seine Plätze hinter der Ehrenmauer ein und ließ mehr als 100.000 Angehörige von Betriebs- und Parteigruppen, später auch Betriebskampfgruppen, an sich vorbeimarschieren. 1955 wurde daraus die „Kampfdemonstration zu Ehren Liebknechts und Luxemburgs“.

Gerade die Würdigung der kritischen Stimme Rosa Luxemburgs zog viele Teilnehmerinnen und Teilnehmer an. 1988 demonstrierten DDR-Bürgerrechtler mit Transparenten, auf denen mit Luxemburg-Zitaten u.a. die Freiheit der Andersdenkenden eingefordert wurde. Die Stasi, durch In-

formanten vorbereitet, hatte schon im Vorfeld zahlreiche Bürgerrechtler vorgeladen und vor einer Beteiligung gewarnt. Am 17. Januar erfolgten rund 70 Festnahmen.

Seit 1990 führen unterschiedliche linke Gruppen, die ein durchaus unterschiedliches Geschichts- und Demokratieverständnis mitbringen, die Tradition des Demonstrationzugs fort. Für den Erhalt der Gedenkstätte der Sozialisten setzt sich der „Förderkreis Erinnerungsstätte der deutschen Arbeiterbewegung Berlin-Friedrichsfelde e.V.“ ein, in dem Historiker aus der Linkspartei und der SPD zusammenarbeiten. Für notwendige Restaurierungsarbeiten stellte die Lotto-Stiftung 462.000 Euro zur Verfügung, ein Wegeleitsystem entstand. Mit kleineren Beträgen beteiligten sich auch das Landesdenkmalamt (40.000) und der Bezirk.

In der Satzung beschreibt der Verein sein Ziel: „Die ganze Anlage ist in ihrer Widersprüchlichkeit und Instrumentalisierung von Gedenken ein Dokument deutscher Geschichte, mit dem man sich auch in der Zukunft auseinandersetzen muss. Der Förderkreis will den Ort stärker in das öffentliche Bewusstsein als Gedenkstätte der deutschen Arbeiterbewegung des 19. und 20. Jahrhunderts in ihrer Vielschichtigkeit und Widersprüchlichkeit rücken und dazu beitragen, dass dabei auch die ideologische Inszenierung der Totenehrung an diesem Ort in der Zeit der DDR öffentlich diskutiert wird.“ Im Eingangsbereich ist eine Ausstellung zur Geschichte der Gedenkstätte und des Friedhofs mit zahlreichen biographischen Angaben zu sehen. Die Formulierungen zeigen auch die Schwierigkeiten, die die unterschiedliche Beurteilung der Vergangenheit noch heute mit sich bringt.

Ganz offenkundig werden sie bei einem kleinen Stein, 40 mal 60 Zentimeter groß, der im Eingangsbereich zur Gedenkstätte an die Opfer des Stalinismus erinnert. 2006 wurde er von Abgeordnetenhau- spräsident Walter Momper (SPD) und der Lichtenberger Bezirksbürgermeisterin Christina Emmrich (Linkspartei) eingeweiht. Die kaum erkennbare Inschrift wurde von dogmatischen Linkspartei-Anhängern als „Schande“, „Provokation“ oder „Verunglimpfung“ empfunden. Dabei ist auch dies ein Teil der Geschichte der Arbeiterbewegung: die Verfolgung und Ermordung von mitunter auch nur vermeintlichen Kritikern oder Gegnern in der stalinistischen Ära. Gerade Friedrichsfelde zeigt die Kontinuitäten und Brüche in der Arbeiterbewegung, die Vielschichtigkeit, die Irrtümer, die Auseinandersetzungen. **U. H. □**

➡ Gudrunstraße 20, 10365 Berlin, Öffnungszeiten: Feb.-Nov.: ab 7.30 Uhr; Dez./Jan.: ab 8.00 Uhr bis zur Dunkelheit

➡ www.sozialistenfriedhof.de

Reinickendorf:

Mitt-Sommer in der Freien Scholle

Arbeiterwohlfahrt und SPD Freie Scholle / Tegel laden auch in diesem Jahr wieder zum Sommerfest in die Freie Scholle ein. Auf dem idyllischen Marie-Schlei-Platz an der Egidystraße wird es am Samstag, den 18. Juni von 14 bis 19 Uhr ein buntes Angebot für Alt und Jung geben.

Für Stimmung sorgt die Band Silverwings mit einem Mix aus Contry, Oldies und Rock'n'Roll. Dazu gibt es Bier vom Fass, frisch gegrillte Köstlichkeiten und Kaffee und Kuchen, sowie Informationsstände mit der Möglichkeit zu Gesprächen mit Kandidatinnen und Kandidaten der SPD Reinickendorf für die Wahlen zum Abgeordnetenhaus und zur Bezirksverordnetenversammlung. Auch für die Unterhaltung der Kinder ist gesorgt.

PM □

➡ Sonnabend, 18. Juni 2016, 14.00-19.00 Uhr, Marie-Schlei-Platz

Wedding:

„Jetzt müssen Spielhallen schließen“

Zu einem Kiezzrundgang unter dem Motto „Jetzt müssen Spielhallen schließen!“ laden die SPD-Abgeordnete Bruni Wildenhein-Lauterbach und Maja Lasic, Kandidatin für den Wahlkreis 7 im Wedding, am Donnerstag, dem 7. Juli.

Derzeit laufen die letzten Übergangsfristen des strengen Berliner Spielhallengesetzes aus. Das Gesetz wurde 2011 auf Initiative der SPD-Fraktion beschlossen. Zur rechtssicheren Auswahl der verbleibenden Spielhallen hat das Berliner Abgeordnetenhaus gerade detaillierte Regelungen beschlossen. Wie sich das Gesetz im Einzelnen im Kiez auswirken wird, erläutert Daniel Buchholz, der im Abgeordnetenhaus am Spielhallengesetz wesentlich mitgearbeitet hat.

BS □

➡ Donnerstag, 7. Juli, 17:00 Uhr. Treffpunkt Barfusstraße Ecke Müllerstraße.

Steglitz-Zehlendorf:

18. Juni: Sommerfest vor dem Rathaus

Am Samstag, dem 18. Juni lädt die SPD Steglitz-Zehlendorf zwischen 11:00 und 15:00 Uhr zum Sommerfest vor das Rathaus Zehlendorf. Zwischen 12:00 und 14:00 Uhr werden alle SPD-SenatorInnen anwesend sein.

Im Vorfeld des Sommerfests stellte die SPD ihr Wahlprogramm für die Wahlen zur Bezirksverordnetenversammlung vor. Unter der Überschrift „solide und solidarisch“ tritt SPD-Bezirksbürgermeisterkandidat Michael Karnetzki als Spitzenkandidat der SPD für die Bezirksverordnetenversammlung an. Bezahlbares Wohnen, gute Schulen und solide Finanzen gehören zu den wichtigsten Anliegen der SPD im Bezirk. Das Programm wird auch auf dem Sommerfest diskutiert werden.

BS □

➡ Sonnabend, 18. Juni 2016, 11.00-15.00 Uhr, Sommerfest vor dem Rathaus Zehlendorf, Kirchstr. 1/3, 14163 Berlin

**Aus Datenschutzgründen
nicht in der
Internetversion enthalten**

T ERMIN E

- 18.06.2016 10:00 - 11:00, **Clara West, MdB Pankow, Mobile Sprechstunde** vor dem Mühlenberg-Center, Greifswalder Str. 90, 10409 Berlin, von 11.30 bis 12.30 Uhr am Antonplatz, 13086 Berlin und von 13.00 bis 14.00 Uhr vor den Schönhauser Allee Arcaden, Schönhauser Allee 80, 10439 Berlin
- 18.06.2016 14:30 - 18:30, SPD Abt. Wilmersdorf-Süd **„Kiezfest auf dem Rüdeshheimer Platz**
- 19.06.2016 11:30 - 16:00 Langer Tag der Stadtnatur, **Kräuterwanderung in Lübars mit Brigitte Lange, MdB**, Treffpunkt: Alt-Lübars, an der Bushaltestelle. 13469 Berlin
- 19.06.2016 12:00, Langer Tag der Stadtnatur, BVG, **Die wilde Seite der BVG – Gleisbegrünung in Berlin - mit Bruni Wildenheinauer-Lauterbach**. Neben dem Straßenbahngleis Höhe U-Bahnhof Osloer Straße, Osloer Straße, 13359 Berlin
- 20.06.2016 14:00, SPD AG 60 plus Berlin, **Auseinandersetzung mit der AfD**, Ingo Siebert vom August Bebel Institut, Kurt-Schumacher-Haus, Franz-Künstler-Saal, Müllerstraße 163, 13353 Berlin
- 20.06.2016 19:00, Eva Högl, MdB Mitte, **Stammtisch „eva & friends zur Wahl“ mit Jan Stöß**, Kandidat im Wahlkreis 2 in Mitte. Kosmetiksalon Babette, Karl-Marx-Allee 36, 10178 Berlin
- 22.06.2016 16:30 - 18:00, **Thomas Isenberg, MdB – für Moabit, Hansaviertel, Tiergarten Süd, Bürgersprechstunde**, Um Anmeldung wird gebeten mail@thomas-isenberg.de, Bürgerbüro am Hansaplatz, Pavillon 3, Bartningallee 5, 10557 Berlin, U-Bahn Hansaplatz, S-Bahn Bellevue, Bus 106
- 22.06.2016 19:00, Fachausschuss Soziale Stadt, **Wohnungspolitik in den Wahlprogrammen der Parteien**, Mario Hilgenfeld, Leiter Wohnungswirtschaft und -politik beim Verband Berlin-Brandenburg. Wohnungsunternehmen e.V. (BBU) wird einen Überblick über die wohnungspolitischen Wahlprogrammaussagen der Parteien im Abgeordnetenhaus geben. SPD-Kreisbüro Friedrichshain-Kreuzberg, Willy-Brandt-Haus, Wilhelmstraße 140, 10963 Berlin
- 23.06.2016 18:00, SPD Steglitz-Zehlendorf - Abt. Dahlem, **„Der Marsch“ Film und Gespräch**, u.a. mit Christian Wilmsen, Bali-Kino, Teltower Damm 33, 14169 Berlin
- 23.06.2016 18:30 - 21:00, AG der Selbständigen - AGS + AG sozialdemokratischer JuristInnen ASJ, **Verbandsstrafrecht eine wirksame Waffe gegen „organisierte Unverantwortlichkeit“?** In Deutschland wird die Verbandsstrafe von der Wirtschaft teilweise abgelehnt, weil sich dann erstmals die Inhaber von Unternehmen bei Zuwiderhandlungen ihrer Organe und Mitarbeiter, die durch Fehler in der Organisation ermöglicht wurden, strafrechtlich verantworten müssten.

- Während in der Wissenschaft vor allem die formale Eingliederung der Verbandsstrafbarkeit in das StGB diskutiert wird, fragt sich die Praxis, ob mit der Verbandsstrafe Missstände in Unternehmen wirkungsvoller als bisher bekämpft und Korruptionsskandale wie bei Siemens und Daimler oder der jüngste Abgaskandal bei VW verhindert werden können. Es diskutieren Leitende Oberstaatsanwältin Vera Junker (stellv. Vorsitzende ASJ Berlin), Oberstaatsanwalt am BGH Marcus Köhler (ASJ Bundesvorstand), Rechtsanwältin Dr. Ariane Loof (Vorstand ASJ Berlin). Anmeldung per E-Mail ags-berlin@gmx.de bis 20.6.2016 ist zwingend erforderlich. Willy-Brandt-Haus, Wilhelmstraße 141, 10963 Berlin
- 23.06.2016 19:00, **ASF Friedrichshain-Kreuzberg, Sommerstammtisch** Edelweiss, Görlitzer Str. 1-3, 10967 Berlin
- 27.06.2016 17:00 - 19:00, **Cansel Kiziltepe, MdB Friedrichshain-Kreuzberg, Bürgersprechstunde**, Wahlkreisbüro Friedrichshain, Grünberger Straße 4, 10243 Berlin
- 28.06.2016 15:00 - 16:00, **Ralf Wieland, MdB Wedding, Sprechstunde**, Bürgerbüro am Gesundbrunnen, Behmstraße 11, 13357 Berlin
- 28.06.2016 16:30 - 19:00, **Fritz Felgentreu, MdB Neukölln, Bürgersprechstunde**, Anmeldung bitte unter Tel. 030/568 21 111, Wahlkreisbüro Fritz Felgentreu, MdB, Lipschitzallee 70, 12353 Berlin
- 28.06.2016 19:30, FA X - Natur, Energie und Umweltschutz und Daniel Buchholz, MdB, **„Werden die erneuerbaren Energien ausgebremst - wie soll Deutschland die Energiewende schaffen? Was sagt der Bundestag zu den Vorschlägen der Bundesregierung?“** Mit Klaus Mindrup, MdB und ordentliches Mitglied im Ausschuss für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit, Berliner Abgeordnetenhaus, Raum 320, Niederkirchnerstr. 5, 10111 Berlin
- 29.06.2016 16:30 - 18:00, **Thomas Isenberg, MdB – für Moabit, Hansaviertel, Tiergarten Süd, Bürgersprechstunde mit Eva Högl**, MdB Mitte. Um Anmeldung wird gebeten per E-Mail. mail@thomas-isenberg.de, Bürgerbüro am Hansaplatz, Pavillon 3, Bartningallee 5, 10557 Berlin, U-Bahn Hansaplatz, S-Bahn Bellevue, Bus 106
- 29.06.2016 19:00; Eva Högl, MdB, **Sportpolitisches Gespräch mit Michaela Engelmeier, MdB; Dennis Buchner, MdB und der Bezirksstadträtin Sabine Smentek**, TSV GutsMuths, Wullenweberstraße 15, 10555 Berlin
- 30.06.2016 19:00, **Sicher sein und sicher fühlen** - offene Diskussion mit Eva Högl und Astrid Hollmann, Weibewirtschaft, Anklamer Straße 38, 10115 Berlin
- 30.06.2016 18:00 - 19:00, **Ole Kreins, MdB Lichtenberg, Bürgersprechstunde**, Bürgerbüro Heinrichstr. 1, 10317 Berlin
- 30.06.2016 19:00, Mechthild Rawert + Ute Finckh-Krämer, **Fraktion vor Ort: Pflege geht uns alle an - Die neuen Pflegestärkungsgesetze**. Um Anmeldung wird bis zum 28. Juni

per E-Mail gebeten: mechthild.rawert@bundestag.de, DGB-Haus, Wilhelm-Leuschner-Saal, Keithstraße 1-3, 10787 Berlin

- 30.06.2016 17:30, Swen Schulz, MdB Spandau + Matthias Schmidt, MdB Treptow-Köpenick, **Fraktion vor Ort: Inklusion im und durch Sport**, Um Anmeldung wird bis zum 28. Juni per E-Mail gebeten: swen.schulz.ma03@bundestag.de, Stadtteilstützpunkt Gemeinwesenverein Heerstraße Nord e.V., Obstallee 22 E, 13593 Berlin
- Alle aktuellen Termine im Internet unter: www.spd.berlin/termine

28. Juni: Entschlossen gegen rechts

In der Reihe „Politik im Dialog“ lädt die SPD Steglitz-Zehlendorf am 28. Juni zu einer Diskussion unter dem Titel „Entschlossen gegen Rechts - Wie kann sich die Demokratie wehren?“

Überall in Europa sind rechtsextreme, nationalistische und fremdenfeindliche Kräfte auf dem Vormarsch. Die Reaktionen darauf wirken oft hilflos. Umso dringender, nach den Ursachen zu fragen und Wege zu suchen, die Werte von Menschenwürde, Weltoffenheit und Toleranz zu verteidigen. Wo braucht es Zivilcourage von Einzelnen und Gruppen, wo muss der demokratische Staat auch mit Härte vorgehen? Es diskutieren Prof. Hajo Funke, Rechtsextremismus-Forscher, Sönke Rix, SPD-MdB. Moderation: Thomas Nehls (ARD-Korrespondent). **BS □**

➡ Dienstag, 28. Juni 2016, um 19:00 Uhr, Rathaus Steglitz, Alter BVV-Saal (Raum 301), Schloßstraße 37, 12163 Berlin,

23. Juni: Peter Brandt in Reinickendorf

Um Willy Brandt und die sozialdemokratische Idee heute geht es im Gespräch von Prof. Dr. Peter Brandt, Historiker und Sohn von Willy Brandt, mit Reinickendorfs jüngstem SPD-Kandidaten für die Abgeordnetenhaus-Wahl am 18. September 2016, Alexander Ewers (29).

Die Veranstaltung findet in der Reihe „Culture & Politics“ statt, die der Journalist Alexander Kulpok organisiert. Peter Brandt liest an diesem Abend aus seinem Buch „Mit anderen Augen“, in dem er ein Porträt von Willy Brandt als Staatsmann und Privatmann entwirft, das mit Klischees und Vorurteilen aufräumt. **BS □**

➡ Donnerstag, 23. Juni 2016, 19.00 Uhr, im „Maestral“, gegenüber dem Rathaus Reinickendorf, Eichborndamm 236 (U-Bahnhof: Rathaus Reinickendorf). Der Eintritt ist frei

Die Berliner Stimme im Abonnement

Änderungen beim Abonnement? Das machen wir gerne. Adress- und Kontoänderungen bitte frühzeitig an berliner.stimme@wegewerk.de oder per Post an wegewerk GmbH, Saarbrücker Str. 24, Haus A, D 10405 Berlin

Sie haben noch kein Abonnement? Das ändern wir gerne. Das Abonnement kostet 28 Euro pro Jahr (bei Zustellung per E-Mail) bzw. 35 Euro pro Jahr (bei Zustellung per Post). Bestellungen bitte an wegewerk GmbH, Saarbrücker Str. 24, Haus A, D 10405 Berlin, per E-Mail an berliner.stimme@wegewerk.de.

Musik in der Stadt

Am 21. Juni ist die Fête de la Musique

Es ist Sommeranfang, und es liegt Musik in der Luft. Am 21. Juni wird in der ganzen Stadt gespielt, getanzt und gesungen. Dann ist wieder die Fête de la Musique.

1982 hatte das Musikfestival in Paris unscheinbar seinen Anfang genommen, initiiert vom französischen Kultusminister Jack Lang. Inzwischen treten weltweit in 540 Städten, darunter 50 deutschen, Musikerinnen und Musiker, Chöre und Orchester ohne Honorar auf und begeistern Menschen mit ganz unterschiedlichen musikalischen Stilrichtungen.

Seit 1995 beteiligt sich Berlin daran, An 100 Veranstaltungsorten gibt es kostenlose Auftritte, 75 Bühnen werden auf öffentlichen Plätzen in der Stadt aufgebaut. Vom Kinderchor bis zu Jazz, Rock und klassischer Musik ist alles im Angebot. Um 22 Uhr verlagert sich das Programm von den Bühnen in geschlossene Räume. Zwar liegt



Auch diesmal steht wieder eine Bühne am Breslauer Platz. Foto: Horb

der Schwerpunkt der Aufführungen in der Innenstadt, aber auch in Lübars, Frohnau, Buch oder am Grunewaldsee sind Programmpunkte zu finden. **BS □**

➡ das gesamte Programm im Internet: <http://www.fetedelamusique.de/programm suche/>

Pol Pots Lächeln

Eine Theaterrecherche über Totalitarismus und Terror

1975 übernahmen die kommunistischen Roten Khmer in Kambodscha die Macht. Gruppierungen der westlichen Linken unterstützten und verteidigten ihre Politik im festen Glauben, dort entstehe eine bessere Welt. Für Schauspielerin Anne Hoffman und Regisseurin Ruth Messing ist dies der Ausgangspunkt, um im Theaterstück „Pol Pots Lächeln oder Recherchen zum guten Glauben“ Fragen zu stellen.

Wie damit umgehen, wenn Entschieden- des nicht gesehen wurde? Wie sehr stellt unsere Absicht unseren Blick? Können erst die Zurückschauenden erkennen? Und was übersehen wir heute? Basierend auf der vielfach preisgekrönten literarischen Reportage von Peter Fröberg Idlings

„Pol Pots Lächeln“, Zeitungs- und Radiomeldungen, Interviews, Zeugenberichten und Reisetagebüchern versuchen sie, das Geschehene zu rekonstruieren und die Vergangenheit zu beleuchten. Das Stück gibt Impulse, um aktuelle Entwicklungen mit Fundamentalismen, Totalitarismus, Radikalismus, Terrorismus vielleicht anders einordnen und verstehen zu können.

Am 28./29./30. Juni 2016 gibt es „Pol Pots Lächeln oder Recherchen zum guten Glauben“ wieder im Theaterdiscounter in Berlin-Mitte zu sehen. **BS □**

➡ Theaterdiscounter, Klosterstraße 44, 10179 Berlin, Ticket: 14,30 Euro (erm. 8 Euro), Kartenvorbestellung im Internet unter <http://theaterdiscounter.de/> oder telefonisch unter 030 28 09 30 62.

KULTURTIPPS



Noch bis zum 1. Juli sind in der Galerie im Kurt-Schumacher-Haus Arbeiten von drei Künstlerinnen und Künstlern zu sehen, die die Zeichnung als Mittel nutzen. Geöffnet ist die Ausstellung „Selb-dritt“ mittwochs bis freitags von 16 bis 18 Uhr. Finissage: 1. Juli 2016, 19.00 Uhr.

„Berliner Trüffel“. Frau zu Kappenstein lädt am morgigen Sonntag zu einer neuen Talkrunde in ihrer Reihe „Berliner Trüffel“ ins Kulturhaus Karlshorst. Die DEFA wird 70 Jahre alt und ein DEFA-Star ist zu Gast. Zu erleben sind an diesem Abend das ansteckende Lachen des DDR-Stars Chris



DEFA-Star Chris Doerk. Foto: Klaus D. Schwarz

Doerk, es kommen einer der bekanntesten Berliner Lesebühnenautoren Spider alias Andreas Krenzke sowie Thomas Budzinske von Uncinanos Gaumenfreuden. **PM □**

➡ So. 19.06., 19 Uhr „Berliner Trüffel“ (Talk mit Musik), Kulturhaus Karlshorst, Treskowallee 112, Ecke Dönhoffstraße (S-Bahnhof Karlshorst). Kartentelefon: 030 475 94 06-10 (Eintritt 6 €, ermäßigt 3 €) mehr: www.frauzukappenstein.de